Schwiedland

Kolonisation und Landarbeiterfrage

in ihrer Bedeutung für das deutsche Volkstum.

Von

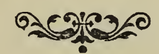
Dr. Karl Böhme,

M. d. R.

Dr. Karl Böhme, Mitgl. des Reichstages:

Kolonisation und Landarbeiterfrage

in ihrer Bedeutung für das deutsche Volkstum.



Erweiterter Vortrag,
gehalten auf dem deutschsozialen Parteitage
zu Frankfurt a. M. am 9. September 1907.

75 Pfg.

Verlag der deutschnationalen Buchhandlung und Verlags-Anstalt
Hamburg 36.

Meine Herren!

Große Entscheidungen im inneren politischen Leben unseres Volkes haben sich seit dem 13. Dezember des vorigen Jahres vor uns abgespielt. Gar mancher glaubt kühn die Gegenwart in Parallele stellen zu können mit dem für die deutsche Geschichte so bedeutsamen Jahre 1879. Da wäre es merkwürdig, wenn nicht auch auf unserem Parteitage die Frage aufgeworfen würde, ob wir an einem solchen Wendepunkte unserer Politik tatsächlich stehen. 1879, vor uns taucht das Bild jenes gigantischen Mannes auf, wie er in einsamen Monaten ländlicher Muße sich in ein neues großes Gebiet einarbeitete, wie er, bisher nur Meister der äußeren Politik, nunmehr auch Herr wurde des deutschen Wirtschaftslebens. Die Geburtsstunde des Schutzes der nationalen Arbeit war zugleich der Augenblick, in dem endgültig der Liberalismus, gleichviel welcher Richtung, seine entscheidende Stellung im politisch-parlamentarischen Leben einbüßte. Es wäre falsch, wollte man behaupten, daß er in der nunmehr folgenden Periode es an jeder parlamentarischen Mitarbeit habe fehlen lassen, dieser Vorwurf trifft wesentlich nur den Linksliberalismus, aber auch die Rechtsliberalen arbeiteten nur mit, führten nicht, die Führung lag bei der Regierung, den rechtsstehenden Parteien und dem Zentrum. Es konnte auch nicht gut anders sein, denn die Periode von 1879—1907 ist doch im Grunde nichts anderes als der langsame Abbruch des liberalen Gebäudes, das die sechziger und siebziger Jahre aufgerichtet hatten. Soll ich Ihnen die Marksteine nennen? Es ist eine lange Reihe wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Maßnahmen, vom Zolltarif des Jahres 1879 bis zu dem des Jahre 1902, von dem Wuchergesetz des Jahres 1880 bis zum Börsengesetz des Jahres 1896, von der Arbeiterkrankenversicherung des Jahres 1883 bis zur Invaliditäts- und Altersversicherung für Arbeiter im Jahre 1889. Sie alle erschüttern die Grundmauern des Liberalismus, die schrankenlose Gewerbefreiheit, den Freihandel, die absolute Gleichgültigkeit

des Manchestertums gegenüber der Arbeiterklasse. Mußte doch sogar ein wissenschaftlicher Verfechter des Liberalismus bekennen: „Für die moderne Arbeiterbewegung zeigten unsere Freihändler allerdings nicht das geringste Verständnis, ja sie sprachen wiederholt von einer „sogenannten" Arbeiterfrage und einem „sogenannten" Arbeiterstand. Sie waren blind für große soziale Schäden und predigten Selbsthilfe, auch wo sie unmöglich war. Befangen in einem grenzenlosen Optimismus, glaubten sie an eine unbedingte Interessenharmonie zwischen Arbeit und Kapital, die bewirke, daß mit zunehmendem Reichtum sich von selbst auch das Los der arbeitenden Klassen bessere."*) An diesen Denksteinen steht überall die Inschrift: Der Linksliberalismus sagt „Nein", wie bei allen Heeres- und Flottenvorlagen bis vor wenigen Jahren. Der Rechtsliberalismus, die Nationalliberalen, zwar zuverlässig in allen Fragen der Wehrkraft, zeigten auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete das Bild völliger Zerrissenheit, meist gespalten stimmend, sich gegenseitig aufhebend durch ihr Votum. Soweit sie sich aber den neuen Maßnahmen entschieden und aus Ueberzeugung anschlossen, da waren die gegen sie gerichteten Vorwürfe des Linksliberalismus, sie hätten den liberalen Boden verlassen, nicht unberechtigt, für manche war vom Liberalismus nur noch das Wort liberal in der Parteibezeichnung übrig.

Jetzt soll eine neue Periode beginnen wie 1879, ein Umschwung wie damals, wieder soll der Liberalismus zu Ehren gelangen, führend und mitbestimmend in der Politik sein. Welches sind die Gebiete, auf denen neue Ideen zur Verwirklichung gelangen werden und welches sind die neuen Gedanken? Droht auf handelspolitischem Gebiete Abschwächung des Schutzzolls, Rückkehr zum Freihandel? Wohl kaum, denn die Grabschrift: „Hier ruht ein agrarischer Reichskanzler" hat sich der Kanzler gerade in der Gegenwart gewählt und wir sind höflich genug anzunehmen, daß er die Uebung der alten Diplomatie, durch Worte die Gedanken zu verbergen, nicht wieder zu Ehren kommen lassen will. Will man auf sozialpolitischem Gebiete zu den veralteten Idealen des Liberalismus zurückkehren, gerade wo er jetzt selbst anfängt, auch in seinen doktrinärsten Teilen in die Richtung der bisherigen Reichs-

*) Vergl.: Dr. Max Nitzsche. „Die handelspolitische Reaktion in Deutschland". Stuttgart und Berlin bei J. G. Cotta. 1905. S. 68 f.

tagsmehrheit einzulenken? Kaum dürfte das der Fall sein, denn aus hohem Munde hörten wir das Wort: „Gerade jetzt vorwärts mit der Sozialpolitik" und feierlich wurde versichert, daß der Rücktritt des Grafen Posadowsky keinen sozialpolitischen Wandel bedeute.

Also auch hier keine Umkehr, fast scheint es so, als ob nur das Gebiet der Gewerbefreiheit für die Verwirklichung der liberalen Ideen übrig bleibt. Will man hier wirklich kurzsichtig sein, will man durch schrankenlose Börsenfreiheit die Produkte deutscher Arbeit wieder zu Spekulationsobjekten machen, in der Zeit der Mittelstandsbewegung den Auswüchsen des modernen geschäftlichen Lebens freie Bahn verschaffen, statt sie zu beschneiden? Nur kurzsichtige Verblendung kann auf diesen Gebieten auf eine parlamentarische Mehrheit im Sinne des Liberalismus hoffen, und selbst dem Fürsten Bülow, dem Meister persönlicher Ueberredung, dürfte hier die Kunst versagen, er ist zu klug, um ein vergebliches Werk zu beginnen. Wohin wir also blicken, nirgends sehen wir das Anzeichen eines großen Umschwunges, eines politischen Wendepunktes wie 1879, nirgends vor allem im Sinne des Liberalismus. Soll es das müßige Gerede über das längst allgemein als reformbedürftig anerkannte preußische Wahlrecht sein, das die liberale Periode anzeigt? Harmlose Träumer, die darin einen Wendepunkt in der deutschen Politik erblicken von der epochalen Bedeutung des Jahres 1879. Näher liegt es für jeden, der mit uns an eine Aenderung der Politik auf den bisher gekennzeichneten wichtigsten Gebieten des Staatslebens nicht glaubt, an die Jahre 1878 und 1887 zu denken, die Zeiten der Reichstagsauflösung um Sozialistengesetz und Septennat, Zeiten, in denen ein geschickter Staatsmann die Gunst des Augenblicks ausnutzte, um seine augenblicklichen Absichten zu verwirklichen und sich für die daran schließende Parlamentsperiode eine bequemere Reichstagsmehrheit zu schaffen. Das ist auch das Kennzeichen der Gegenwart, einen Wendepunkt der deutschen Politik sehen wir nicht und deshalb wollen wir auch denen es überlassen, darüber zu schreiben und zu reden, deren Politik sich in dieser äußerlichen Betätigung erschöpft. Wir wollen lieber unsern Blick auf ein Gebiet lenken, wo harte, positive Arbeit zu leisten ist, wo ernste Lebensnöte unseres Volkes zu uns emporschreien, wo am letzten Ende über seine nationale Zukunft überhaupt entschieden wird. Wir, meine Herren,



können es um so leichter, als wir überzeugt sind, daß alle Versuche der Regierung, dem Liberalismus zu Liebe berechtigte Lebensinteressen des Mitelstandes und der arbeitenden Klassen zu opfern zu Gunsten einer schrankenlosen Herrschaft des Kapitals, scheitern werden an dem eisernen Wall einer großen Majorität des Reichstages, die nicht meineidig werden will vor ihren Wählern. Damit, meine Herren, lassen Sie mich zu meinem eigentlichen Thema kommen, der Bedeutung und Notwendigkeit der inneren Kolonisation.

Wer als oberflächlicher Beobachter das deutsche Wirtschaftsleben der Gegenwart betrachtet, wird leicht geneigt sein, mit sonnigem Optimismus der deutschen Zukunft entgegenzusehen. Welch ein gewaltiger Fortschritt auf allen Gebieten! Unsere Standartindustrie, die Eisenindustrie, ebenso wie die Kohlenproduktion in den siebziger Jahren unter dem System des Freihandels in völliger Notlage, direkt vor dem Zusammenbruche stehend, hat heute eine überaus glänzende Entwicklung hinter sich, von 3,5 Millionen Tonnen ist die Roheisenproduktion auf 12,3 Millionen Tonnen im Zeitraum 1886—1906 gestiegen, das Mutterland der Industrie, Großbritannien, ist überflügelt. An Stein- und Braunkohlen wurden 1886 73,7, 1906 193,5 Millionen Tonnen gefördert. Neu entstanden ist die gewaltige elektrische Industrie, niemand macht unserer chemischen Industrie ihren ersten Platz auf dem Weltmarkte streitig, die großen Dampfer unserer Schiffahrtsgesellschaften waren bis vor kurzem in ihren Leistungen konkurrenzlos. Hinter dieser gewaltigen gewerblichen Entwicklung ist die Landwirtschaft nicht zurückgeblieben. Einer ihrer besten Kenner, Professor Max Delbrück von der landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin, berechnet eine Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert um das Vierfache. Bekannt sind die gewaltigen Fortschritte der Tierzucht, aber auch auf dem Gebiete der Getreideproduktion macht sich gegenüber dem lange Jahre hindurch immer mehr anschwellenden Getreidemehrimport eine Wandlung bemerkbar. Die Weizenmehreinfuhr hat in den letzten Jahren keine Steigerung mehr erfahren, die Roggen- und Hafermehreinfuhr ist gewaltig zurückgegangen, hat teilweise einem Mehrexport Platz gemacht. Hand in Hand mit diesen gewaltigen Produktionsfortschritten macht sich ein lebhafter wirtschaftlicher und kultureller Fortschritt in allen Schichten der Bevölkerung bemerklich, vornämlich bei der Arbeiter-

bevölkerung. Die sozialistische Idee von der Verelendung der Massen wurde von ihren eigenen Anhängern fallen gelassen. Ueberall blühendes, aufstrebendes Leben, man könnte an Ulrich v. Huttens Wort denken: „Es ist eine Lust zu leben".

Aber auch diese glänzende Entwicklung hat ihre Schattenseiten und für den, der mit durchdringendem Auge in das Getriebe unserer Volkswirtschaft zu blicken gelernt hat, sind sie von Jahr zu Jahr greller und schärfer hervorgetreten. Wir freuen uns des lebhaften Treibens, des glänzenden Bildes des heutigen Wirtschaftslebens, aber schüchtern, dann immer heftiger meldet sich an unserer Tür die bange Sorge um die Träger dieser Entwicklung, und riesengroß tritt als Schatten in Erscheinung die angstvolle Frage, wo werden die Massen herkommen für die Zukunft unserer Entwicklung und werden es deutsche Massen sein, die das Werk der Gegenwart fortführen?

Die Zeiten, in denen Deutschland das Kräftereservoir war nicht nur für seine eigene Industrie, sondern auch für das Ausland, Zeiten, in denen bis über 200 000 deutscher Menschen pro Jahr die alte Heimat verließen, sind längst vorüber. Im letzten Jahrzehnt ist die Zahl von 40 000 deutscher Auswanderer in keinem Jahre erreicht worden, und in der Gegenwart ist Deutschland Einwanderungsland geworden. Es wurden männliche Reichsausländer gezählt:

1871 . . .	87 304
1890 . . .	205 818
1900 . . .	368 003
1905 . . .	524 874*)

Dabei sind es Dezemberzählungen, die diese Zahlen ermittelt haben, hunderttausende landwirtschaftlicher slawischer Arbeiter wurden dadurch nicht erfaßt. Sehr bezeichnend für den Umfang ihrer Verwendung ist eine Mitteilung von Ministerialdirektor Exzellenz Thiel, wonach auf 5 sehr intensiven sächsischen Hackfruchtwirtschaften von zusammen 13 900 Morgen Fläche neben 199 einheimischen 676 Wanderarbeiter beschäftigt waren, von einheimischen Pferdeknechten und Ochsenjungen abgesehen. Woher kommt dieser Massenbedarf fremdländischer Arbeitskräfte bei einem Lande, dessen jährlicher Bevölkerungszuwachs im Jahresdurchschnitt des letzten Jahrzehnts 800 000 Menschen betrug? Es ist die gewaltige industrielle Ent-

*) Anm.: Vergl. Nachrichten aus dem Klub der Landwirte. 1905. Nr. 480—81.

wicklung, der Menschenkonsum besonders durch die Großstadtentwicklung, die Entvölkerung des flachen Landes, die hier mitwirken.

Die wirtschaftliche Größe Deutschlands war bisher darin begründet, daß der Geburtenreichtum seiner Landbevölkerung nicht nur ausreichte, den eigenen landwirtschaftlichen Betrieb immer intensiver zu gestalten, sondern auch die jugendliche Industrie zu gewaltiger Entwicklung zu führen. Die Gefahr für Gegenwart und Zukunft, das Problem, das dem Vortrage zu Grunde liegt, ist die Tatsache, daß trotz des Schwindens der Auswanderungsziffern die durch die natürlichen Verhältnisse ermöglichte Vermehrung der industriellen Produktion ausländischer Arbeitskräfte bedarf, und daß ebenso die Landwirtschaft weiter Gebiete sich in der gleichen Lage befindet. Das flache Land ist durch Raubbau an seiner Bevölkerung erschöpft, kommt es nicht wieder zu Kräften, so wird man Hochöfen ausblasen müssen oder man wird in steigendem Maße Arbeiter fremder Nationalität verwenden müssen. Einschränkung der industriellen Produktion bedeutet Rückgang der Steuerkraft, bedeutet das Herabholen der schwarz-weiß-roten Flagge vom Weltmeer, bedeutet den Verzicht auf Weltmacht und Einreihung unter die großen Nationen. Stärkere Verwendung ausländischer Arbeiter bedeutet Herabdrückung der Lebenshaltung des deutschen Lohnarbeiters, bedeutet Slawisierung der östlichen Provinzen, bedeutet Tod der Landwirtschaft als nationales Gewerbe, bedeutet österreichische Nationalitätskämpfe. Wer beides nicht will, muß wollen, daß die Landwirtschaft wieder zu Kräften kommt. Er muß Schutzzoll sagen, aber er muß auch Kolonisation sagen*). Er muß wollen, daß es wieder d e u t s c h e s Landvolk ist, das die Kinder zeugt, die dann das Eisen recken. Er muß erkennen, daß es schlecht um die deutsche Zukunft steht, wenn dem gewaltigen Rückgang der Geburtenziffern der großstädtisch-industriellen Kreise nicht abgeholfen werden kann durch Zuwanderung vom flachen Lande, weil auch auf diesem die Geburtenziffern sinken. Es darf nicht mehr die Täuschung bestehen, als ob auch in Zukunft infolge des stärkeren Sinkens der Sterbeziffern das Sinken der Geburtenziffern mehr wie aufgewogen wird, wie das im Ganzen für die Zeit 1872 bis 1905 zutrifft. In diesem Zeitraum ist freilich die Geburtenziffer gesunken von 41,09 auf

---

*) Vergl. über das Schutzzollproblem meine demnächst bei A. Schwetschke und Sohn, Berlin, erscheinende Schrift „Schutzzoll und Freihandel"

34 pro Tausend, also nur um 7,09, dagegen die Sterbeziffer von 30,62 auf 20,84, also um 9,78, das ergibt allerdings einen gewaltigen Ueberschuß. Aber die Zukunft wird die umgekehrte Entwicklung zeigen, das letzte Jahrzehnt deutet dies bereits an. Vergleicht man die Jahrfünfte 1896—1900 mit 1901—1905, so tritt ein Sinken der Sterbeziffern um 1,4 zu Tage, der Geburtenziffern um 1,8, die Entwicklung seit 1872 hat sich umgekehrt. Es ist dies auch natürlich, da das Sinken der Sterbeziffern eine gewisse Grenze trotz aller sanitären Maßnahmen kaum überschreiten dürfte. Wir sind mit unserer Sterbeziffer in Deutschland von 19,8 ohne Totgeborene aber bereits zu einem Zustande gelangt, der von den Kulturvölkern nur noch von den schwachbevölkerten germanischen Nordstaaten und von England übertroffen wird, letzteres wies 1905 die Ziffer 15,2 auf. Selbst, wenn am Ende des nächsten Menschenalters von Deutschland dieser englische Durchschnitt erreicht wäre, was ausgeschlossen erscheint, so wäre immerhin das Sinken der Sterbeziffern unendlich langsam gegenüber der Periode 1872 bis 1905. Eine Andeutung für die voraussichtliche Entwicklung geben auch die Verhältnisse solcher Landesteile, die bereits 1896 eine niedrige Sterbeziffer aufwiesen. Während im gesamten Reichsdurchschnitt die Sterbeziffern im Zeitraum 1901—1905 gegenüber 1896—1900 um 1,4 sanken, waren im Vergleich dieser Jahrfünfte die Ziffern für Hannover 1,1, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau 0,7, Mecklenburg-Schwerin 0,2. Diese Landesteile hatten nämlich bereits 1896 die niedrigen Sterbeziffern 18,5, 17,9, 18,8 und 18,4. Jetzt ist das gesamte Reich bereits bei einer niedrigen Ziffer angelangt, es ist deshalb für die Zukunft nur eine sehr langsame und mäßige Minderung der Sterbeziffern zu erwarten.

Durchaus anders liegen die Verhältnisse für das Sinken der Geburtenziffern. Hier ist in den großstädtisch-industriellen Kreisen eine Minderung im Rückgang der Geburtenziffern auch da noch nicht vorhanden, wo diese Erscheinung schon seit längerer Zeit in Kraft getreten ist. Berlin, das 1875 eine Geburtenziffer von 45,9 pro Tausend aufwies, zeigte 1896 nur 29,5 Geburten, stand damals um 8 hinter dem Reichsdurchschnitt zurück, trotzdem sinkt die Ziffer bis 1905 auf 25,3, d. h., sie bleibt hinter dem Reichsdurchschnitt um 8,7 zurück. Diese Großstadt, die von allen deutschen Städten die längste

und umfangreichste großstädtische Entwicklung hinter sich hat, ist recht geeignet, die verderblichen Einflüsse großstädtischer und industrieller Entwicklung auf die Volksvermehrung klar zu legen. Obwohl Berlin ein Sammelpunkt der kräftigsten Lebensalter aus den Provinzen ist, 1900 von 1000 Personen 515 im zeugungskräftigen Alter von 20—50 Jahren standen gegenüber einem Durchschnitt von 399 für den preußischen Staat, infolgedessen die Zahl der Ehen eine prozentuell viel stärkere ist, 1905 für Berlin 11, für das Reich 8,1 betrug, steht es mit seiner Geburtenziffer weit hinter allen Landesteilen zurück. So hat Ostpreußen, diejenige Provinz mit der niedrigsten Eheschließungsziffer von 6,7 34 Geburten, Berlin mit 11 Eheschließungen 25,3. Würde Berlin eine normale Besetzung der Altersklassen haben, die Zahl der Ehen auf der Höhe des Reichsdurchschnitts stehen und infolgedessen sich auch die Geburtenziffer um über ¼ vermindern, d. h. 18—19 pro 1000 betragen, gleichzeitig aber die Sterbeziffer, die 1905 17,9 betrug, also hinter dem Reichsdurchschnitt um 2,9 zurückstand, entsprechend der nunmehr normal vertretenen höheren Altersklassen nur um 1 pro 1000 steigen, so würde diese Großstadt einen Bevölkerungsrückgang, keinen Zuwachs haben. Da nun aber die Säuglingssterblichkeit keineswegs in Berlin etwa geringer ist als im Staatsdurchschnitt, da ferner der großstädtische Mensch auch nicht das Alter des Provinzialen durchschnittlich erreicht, würde Berlin nicht eine unterdurchschnittliche, sondern überdurchschnittliche Sterbeziffer haben. Die Folge wäre, daß die Sterbeziffern in Berlin ganz erheblich die Geburtsziffern überwiegen. Mit absolut zwingender Notwendigkeit ergibt sich daher der Schluß: Heute bereits beruht das Wachstum Berlins lediglich auf dem Zuzug aus der Provinz, die eigentliche großstädtische Bevölkerung ist im Aussterben. Nun wäre diese Bevölkerungsabnahme an sich zu ertragen, wenn sie auf Berlin allein, d. h. ein Zentrum von 2 Millionen Einwohner beschränkt bliebe. Aber gerade das letzte Jahrzehnt zeigt trotz der unvergänglich glänzenden Konjunkturen der letzten Jahre, daß die Berliner Entwicklung typisch zu werden beginnt für alle Bezirke großstädtisch-industriellen Charakters. Die zweitgrößte deutsche Stadt, Hamburg mit 800 000 Einwohnern, hat an Niedrigkeit der Geburtenziffern Berlin bald eingeholt, steht nur noch um 1,4 hinter Berlin zurück, dürfte es bald übertreffen, denn der Rückgang in Berlin betrug

1896—1905 nur 4,2, in Hamburg 8,4. Im gleichen Zeitraum hat unter dem Einfluß der Berliner Vorstädte die Provinz Brandenburg einen Rückgang von 6,8, das Königreich Sachsen mit seinen Halbmillionenstädten Leipzig und Dresden einen Rückgang von 7,9 erfahren. Das sind Zentren mit weiteren 9 Millionen Menschen, die in rasender Eile Berliner Zuständen entgegen gehen, sie alle haben dabei eine Verehelichungsziffer, die über dem Staatsdurchschnitt steht. Andere Landesteile, wie die Provinzen Sachsen, Hannover, Schleswig-Holstein, zeigen die gleiche Tendenz; wenn sie sich auch vorläufig noch nicht ebenso rasch vollzieht. Eine scheinbare Ausnahme macht nur das hochindustrielle Rheinland-Westfalen, in dem nur ein unerheblicher Rückgang der Geburtenziffer erfolgt ist. In diesen Gegenden dürfte es die überaus kräftige und infolge der günstigen Besitzverteilung zahlreiche Landbevölkerung sein, deren Vorhandensein es ermöglicht, industrielle Tätigkeit mit Wohnen auf dem Lande zu verbinden, die diesen Ausnahmezustand teilweise erklärt. Die großen Städte schießen zwar wie die Pilze aus der Erde, aber die Entwicklung ist zu jung, um sich schon schädlich bemerkbar zu machen, nur Köln wird in nicht zu ferner Zeit die halbe Million erreicht haben. Zu berücksichtigen ist ferner, daß Rheinland-Westfalen gerade der Sitz der Eisen- und Kohlenindustrie ist, die die Einwanderung besonders kräftiger Menschen verlangen, während Großstädte wie Berlin und das Land der Textilindustrie, Sachsen, auch für schwächlichere Arbeitskräfte Verwendung haben. Ferner sind gerade in den industriellen Bezirken Düsseldorf und Arnsberg die kräftigsten Altersklassen besonders zahlreich vertreten, infolgedessen findet sich auch dort eine über den Durchschnitt hinausgehende Zahl von Ehen. In einzelnen Kreisen reicht die überdurchschnittliche Besetzung der kräftigsten Lebensalter nahe an Berliner Verhältnisse heran, so in den Stadtkreisen Düsseldorf, Dortmund und Essen. In den letzten Jahren dürfte auch schon das Vordringen des polnischen Elements von gewissem Einfluß auf die Geburtenziffer gewesen sein. Mag nun aber auch infolge dieser Verhältnisse Rheinland-Westfalen zunächst von der allgemeinen Entwicklung der industriellen Bezirke verschont bleiben, für die Entwicklung des Ganzen ist ein solcher einzelner Landesteil nicht entscheidend. Namentlich erscheint deshalb die Einwirkung der rheinisch-westfälischen Verhältnisse auf die allgemeine Entwicklung

so einflußlos, weil zu den ungünstigen Bevölkerungszuständen der Zentren Berlin-Sachsen im letzten Jahrzehnt eine ähnliche Entwicklung der agrarischen Landesteile des Ostens gekommen ist. Erst dadurch wird die Bevölkerungsfrage für Deutschland zu dem schwerwiegendsten Problem der Gegenwart, daß die östlichen Provinzen aufhören, die Menschenerzeuger zu sein für Großstädte und Industrie. Der Osten ist erschöpft, das bezeugen nicht nur die unausgesetzten Klagen über Arbeitermangel, das zeigt die nüchterne Statistik. Diese Landesteile, nahezu unberührt von Industrie und Großstadtentwicklung, diese Menschenreservoire der Vergangenheit beginnen zu versagen, weil eine nahezu vollständige Abwanderung aller kräftigen Altersklassen, soweit sie nicht durch eigenen Besitz gefesselt werden, erfolgt ist. Bereits im Jahre 1900 ließ sich diese Entwicklung vorausahnen. Wurden damals im Staatsdurchschnitt auf 1000 Personen 399 im Alter von 20—50 Jahren gezählt, so entfielen auf Ostpreußen nur 363, auf Pommern 378 ,auf Westpreußen 365, auf Posen 352. Die Verehelichungsziffer ist daher in diesen östlichen Gegenden im Gegensatz zum Staatsganzen in fortgesetztem Sinken begriffen. Es wurden gezählt auf 1000 Einwohner Eheschließungen:

	1896:	1905:	
Ostpreußen	7,3	6,7	— 0,6
Westpreußen	8,0	7,2	— 0,8
Pommern	7,8	7,4	— 0,4
Posen	7,7	7,1	— 0,6
Schlesien	8,2	7,5	— 0,7
Brandenburg	8,2	8,4	+ 0,2
Berlin	11,0	11,0	— 0,0
Sachsen	8,3	8,4	+ 0,1
Schleswig-Holstein . . .	8,4	8,5	+ 0,1
Hannover	8,2	8,0	— 0,2
Westfalen	8,2	8,3	+ 0,1
Hessen-Nassau	8,3	8,6	+ 0,3
Rheinland	8,0	8,2	+ 0,2

Als Folge davon machte sich ein durch die natürlichen Verhältnisse keineswegs gegebenes Sinken der Geburtenziffern bemerkbar. Es betrug im letzten Jahrzehnt 1896—1905 für Ostpreußen 6,2, Westpreußen 3,8, Pommern 4,5, Posen 3,3, Schlesien 4,2. Der

Rückgang ist also in den nahezu rein deutschen Provinzen Ostpreußen und Pommern am stärksten, in den übrigen durch den Geburtenreichtum des polnischen Bevölkerungsteiles und die Tätigkeit der Ansiedlungskommission ein wenig abgeschwächt. Die rein deutschen und überwiegend ländlichen Provinzen Ostpreußen und Pommern sind mit einer Geburtenziffer von 34 bezw. 33,4 unter den preußischen Staatsdurchschnitt von 34,6 gesunken.

Geht somit die Leistungsfähigkeit der östlichen Provinzen in der Erzeugung von Menschenmaterial zurück, so steigt umgekehrt der Bedarf der großstädtisch-industriellen Bezirke von Jahr zu Jahr in höherem Maße. Je länger eine Gegend großstädtisch-industriellen Charakter trägt, um so rascher wird das Tempo der Abnutzung, des Verbrauchs, des Aussterbens der dort ansässigen Bevölkerung. Ein agrarisches Land mit wenigen Zentralen großstädtisch-industrieller Entwicklung, wie es Deutschland Anfangs der siebziger Jahre war, kann den Ausfall der Bevölkerung in den großstädtischen Zentralen leicht durch den Bevölkerungsüberschuß des flachen Landes decken. Je mehr es sich industrialisiert, je größer der Prozentsatz seiner Bevölkerung wird, die in den anwachsenden alten und in den neu hinzukommenden Zentralen wohnt, um so schwieriger wird es der prozentuell abnehmenden Landbevölkerung, den steigenden Bedarf zu decken. Deutschland aber ist diesen Weg gegangen. Von den 41,1 Millionen Menschen, die die Volkszählung des Jahres 1871 ergeben hatte, wohnten 26,2 Millionen = 63,9 % in Orten unter 2000 Einwohnern. Große Städte mit über 100 000 Einwohnern waren nur 8 vorhanden mit einer Gesamteinwohnerschaft von 1,97 Millionen, noch nicht jeder zwanzigste Mensch lebte in einer Großstadt. In den Großstädten und Städten von 20 000 Einwohnern aufwärts lebte noch nicht ⅛ der Bevölkerung, 5,1 Millionen oder noch nicht 12½ %.

Wie gewaltig hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in dem seit 1871 abgelaufenen Zeitraum verändert! Ganz einseitig ist das starke Wachstum der Bevölkerung von 41,1 auf 60,6 Mill. der städtischen Bevölkerung zugute gekommen. Das einzige Berlin zählte bei der letzten Volkszählung von 1905 mehr Einwohner als die gesamten 8 Großstädte 1871, seine Bevölkerungszahl von 2,04 Mill. übertrifft die 1,96 Mill. der 8 Großstädte von 1871 um nahezu 100 000 Einwohner. Anstatt jedes zwanzigsten lebt

heute nahezu jeder fünfte Mensch in Städten über 100 000 Einwohner. Die 41 Großstädte mit 11,5 Millionen Einwohner, die Deutschland heute aufweist, umfassen nahezu 2 Millionen Einwohner mehr, als 1871 in allen Orten von 5000 Einwohnern aufwärts lebten (9,7).

Aber nicht nur eine Verschiebung der Bevölkerung vom Land in die Stadt hat in ungeahnter Weise stattgefunden, auch die örtlichen Veränderungen sind ganz gewaltige gewesen.

Während 1871 etwa ¼ der Bevölkerung im Osten in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien und den beiden Mecklenburg lebte, ein zweites Viertel auf den Südwesten, Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Hessen-Darmstadt und Hohenzollern entfiel, ein drittes Viertel im Westen und Nordwesten in Hessen-Nassau, der Rheinprovinz, Westfalen, Oldenburg, Hannover, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen seinen Sitz hatte und der Rest, ein schwaches Viertel, sich auf das Zentrum, Brandenburg-Berlin, Provinz und Königreich Sachsen, sowie Thüringen, verteilte, hat in der Gegenwart eine ganz andere Verteilung Platz gegriffen.

Die 10,6 Mill. des Ostens sind nur auf 13,1 Mill., die 10,6 Mill. des Südwestens nur auf 13,9 Mill., dagegen die 10,5 Mill. des westlichen und nordwestlichen Deutschlands auf 17,96 Mill. und die 9,3 Mill. des Zentrums auf 15,6 Mill. angewachsen. Noch nicht ein Drittel des Bevölkerungszuwachses sind den beiden äußersten Flügeln, je ein starkes Drittel dem Zentrum und dem Nordwesten zu teil geworden. Rheinland-Westfalen, Groß-Berlin-Brandenburg und Königreich Sachsen sind die Mittelpunkte geworden, wohin sich der Bevölkerungsstrom gelenkt hat, von 5,3 auf 10,2 Millionen ist die Bevölkerung der ersteren, von 5,4 auf 10,1 die der letzteren angewachsen. In überaus rascher Entwicklung sind die großen Städte in diesen Gegenden emporgewachsen.

Am stärksten tritt das Wachstum um Berlin im Regierungsbezirk Potsdam zutage, die Hauptstadt selbst steigert ihre Bevölkerung um das 2½fache, von 826 000 auf 2 040 000. Der Regierungsbezirk Potsdam, der 1871 außer Potsdam selbst, Spandau und Brandenburg a. d. H. keine Stadt über 20 000 Einwohner hatte, zählt jetzt 19 solcher Städte, davon 3 mit über 100 000 Einwohnern. Wie gewaltig das Wachstum in diesem Be-

zirk ist, dafür nur einige Beispiele. So stieg die Bevölkerung in Charlottenburg im Zeitraum 1871—1905 von 19 500 auf 239 500, bei Rixdorf von 8100 auf 154 000, bei Schöneberg von 4600 auf 141 000, bei Deutsch-Wilmersdorf von 1700 auf 64 000, bei Lichtenberg von 3100 auf 55 000, bei Weißensee von 169 auf 37 600, bei Pankow von 3000 auf 29 000 usw. Im Königreich Sachsen gab es 1871 2 Großstädte und 5 Städte über 20 000 Einwohner, 1905 4 Großstädte und 9 Orte über 20 000 Einwohner, auch hier ist das Wachstum gewaltig, bei Dresden von 177 000 auf 514 000, bei Leipzig von 107 000 auf 503 000, bei Chemnitz von 68 000 auf 244 000, bei Plauen von 23 000 auf 105 000, die Bevölkerung dieser 4 Städte nahm somit zu um rund 1 Million. Aehnlich ist die Entwicklung in Rheinland und Westfalen.

Gegenüber einer derartigen Umkehrung aller bisherigen Bevölkerungsverhältnisse muß die Kraft des Landvolkes als Quelle der Erneuerung und des Ersatzes der aussterbenden Bevölkerungsschichten versagen. Wenigstens wäre eine erhebliche zahlenmäßige Stärkung der Landbevölkerung notwendig, bevor sie wieder in vollem Maße ihrer Aufgabe gerecht zu werden vermag. Aber auch eine andere Illusion wird durch diese riesenhafte Entwicklung zerstört. Wie ihr gegenüber alle Versuche der Dezentralisation der Industrie versagen, so erscheint auch die überaus notwendige und gar nicht genug zu fördernde Bodenreform solchen Ziffern gegenüber doch nur als kleines, bescheidenes Mittel. Sie bleibt trotzdem dringend notwendig wie alle sanitären Maßnahmen zur Besserung der großstädtischen Bevölkerungsverhältnisse, ein unentbehrliches Hilfsmittel, aber nicht mehr. Will Deutschland ein Nationalstaat bleiben, will es weiter vorwärts gehen durch die Arbeit der Bevölkerung deutscher Zunge, dann heißt die Aufgabe der Zukunft: Stärkung und Vermehrung der Landbevölkerung. Ein anderes Mittel gibt es nicht. Eine solche Vermehrung der Landbevölkerung ist aber in erheblichem Maße nur möglich in den östlichen preußischen Provinzen, diesen Gebieten später Kolonisation und dünner Bevölkerung, geringfügiger industrieller Entwicklung und landwirtschaftlicher Großbetriebe. Im Volksbewußtsein steht in der Beurteilung des Ostens das letztere Moment im Vordergrund, nicht mit Unrecht. Denn in der Tat ist die verschiedene Grundbesitzverteilung der wesentlichste Unterschied zwischen Osten und Westen.

Es zählten landwirtschaftliche Betriebe mit 500 und mehr Hektar Anbaufläche:

Betriebe von über 500 ha Anbaufläche:		Gesamtfläche dieser Betriebe ha
Ostpreußen . . .	483	549 612
Westpreußen . .	417	434 612
Brandenburg . .	537	614 105
Pommern . . .	804	835 066
Posen	747	801 752
Schlesien . . .	366	431 707
Sachsen	185	192 896
Schleswig-Holstein	63	54 906
Hannover . . .	20	24 011
Westfalen . . .	8	16 756
Hessen-Nassau . .	5	3 472
Rheinland . . .	8	19 010

Während die Provinzen Sachsen und Schleswig-Holstein mehr den Uebergangstypus aufweisen, zeigt ein Vergleich der 6 östlichen mit den 4 westlichen Provinzen den Gegensatz der landwirtschaftlichen Betriebsweise. Auf der einen Seite nur 41 Betriebe mit über 500 ha Anbaufläche, auf der anderen 3354 derartige Betriebe.

Indessen wäre es falsch, die östlichen Provinzen, wie es vielfach geschieht, lediglich als Großgrundbesitzbezirke anzusprechen. Das ist keineswegs der Fall, vielmehr hat sogar Westpreußen, das die niedrigsten Ziffern für die übrigen Besitzgrößen aufweist, neben den 417 Betrieben über 500 ha 1912 Betriebe in der Größe von 100 bis 500 ha, 13 906 großbäuerliche Betriebe von 20—100 ha, 27 774 Betriebe von 5—20 ha, 18 844 von 2—5 ha und 95 493 Parzellenbetriebe unter 2 ha. Allerdings ist ein einzelner Regierungsbezirk, Stralsund, und ganz besonders sind einzelne Kreise vorhanden, in denen fast ausschließlich der Großbesitz vorherrscht. Auch ist es richtig, als charakteristisch für den Osten in seiner Gesamtheit die Betriebsform des Großgrundbesitzes hinzustellen, denn die gesamten wirtschaftlichen und sozialen Sonderverhältnisse des Ostens finden im wesentlichen ihre Erklärung aus dem Vorhandensein dieser Besitzungen von über 500 ha.

Woher ist dieser Großgrundbesitz gekommen? Die alten Kulturgebiete des Westens, früh und dicht besiedelt, hatten

bereits eine Periode städtischer Geschichte hinter sich, als Teile des Ostens noch gar nicht vom Fuße des Kolonisators betreten waren. Es war Neuland, erobertes Gebiet, bewohnt von einer vielfach feindlichen, wendisch-slawischen Bevölkerung, in dem die westdeutschen Ansiedler die Kulturarbeit begannen. Besiegte Völkerschaften wurden niemals mit allzugroßer Rücksicht behandelt, zumal nicht in jenen frühen Jahrhunderten. Die Ansiedler aus dem Mutterlande, die zu ihrem Schutze und als Grenzwachen eingesetzten Ritter, rafften an Landbesitz an sich, was ihnen irgend möglich war. Sie dehnten vor allem ihre Rechtssphäre, ihre Gerichtsbarkeit möglichst weit aus, das Land war weit und die Bevölkerung dünn. Allmählich begann dann mit der Pazifizierung des Landes die militärische Bedeutung der einzelnen Ritterposten zurückzugehen. Die sich bildenden Staaten übernahmen mit ihren stehenden Heeren die früheren Aufgaben der Ritterkolonen, ganz besonders Brandenburg-Preußen. Immer weniger in Anspruch genommen für militärische Tätigkeit, gewannen die Führer der Grenzposten Zeit für Verwaltung und eigenen Wirtschaftsbetrieb, um so mehr, je zahlreicher ihr Nachwuchs war, der das Offizierkorps der emporwachsenden stehenden Heere und das Beamtentum bildete. Es begannen dann die Zeiten, in denen es gewinnbringend wurde, nach den Städten des Kolonisationsgebietes Getreide abzusetzen, später sogar nach dem Auslande. War zunächst nur die engere Umgebung des Rittersitzes in Anbau genommen worden, wohl nur mit Kräften des Gesindes, so suchte man jetzt den Besitz auszudehnen, die Kinder der der Gerichtsbarkeit unterstehenden Kleinsiedler wurden dem Zwangsgesindedienst unterworfen, der Eigenbesitz ausgedehnt. Die Zwangsgesindedienste genügten bald nicht, die der Gerichtsbarkeit unterworfenen Bauern wurden nun selbst zu mehrtägigen Leistungen in der Woche mit ihren Gespannen herangezogen, vielleicht die alten Burg- und Befestigungsdienste in Ackerdienste umgewandelt. Das Fürstentum hat dieser Ausdehnung der nunmehr beginnenden Gutsherrschaft kaum widerstrebt. In den Herrschaftshäusern des flachen Landes wuchsen ihm die Reserven für Offizier- und Beamtentum heran und in zahlreichen Schenkungen wurden immer wieder um den Staat verdiente Männer oder Günstlinge mit heimgefallenen Besitzungen oder neuen Kulturgebieten begnadet. Dies war dem Fürstentum zunächst wohl wichtiger als die Bedeutung der unteren Landbevölke-

rung als Trägerin der Steuern und Ersatz für das Mannschaftsmaterial. Erst als mit der zunehmenden Größe der stehenden Heere das Ausland für die Werbung nicht ausreichte und in steigendem Maße auf das heimische Rekrutenmaterial zurückgegriffen werden mußte, als ferner die Steuerkraft der Bevölkerung immer mehr in Anspruch genommen wurde, begann das Fürstentum sich des Bauernstandes anzunehmen. Da die adligen Hufen steuerfrei waren, wandte man sich gegen die Umwandlung des Bauernlandes in Gutsland, verlangte man in zahlreichen Verfügungen die Wiederbesetzung der irgenwie wüst gewordenen Hufen. Zugleich begann die Erkenntnis, daß eine zahlreiche Bevölkerung eine Quelle des Reichtums sei, die Veranlassung zu werden zu einer eifrigen inneren Kolonisation seitens des Fürstentums, zu einer Heranziehung zahlreicher Ausländer nach dem eigenen Lande, ganz besonders wieder in Brandenburg-Preußen. Es ist erstaunlich, was im achtzehnten Jahrhundert in dieser Beziehung mit den kärglichen Mitteln des brandenburgisch-preußischen Staates geleistet wurde. Ein großer Teil der fremden Einwanderer wandte sich freilich gewerblicher Tätigkeit zu, so besonders die französischen Emigranten im 17. Jahrhundert, die der große Kurfürst in das Land zog. Unter Friedrich Wilhelm I. kamen aber auch zahlreiche landwirtschaftliche Kolonisten hinein, so besonders die Salzburger nach dem durch die Pest verödeten Ostpreußen. Die Krönung des Kolonisationswerkes kam dann aber durch Friedrich II., den Großen. In Schlesien wurden 60—70 000, in der Kurmark 100 000, in Pommern 15—20 000, je 20 000 in der Neumark und im Magdeburgischen, je 15 000 in Ost- und Westpreußen angesetzt. Von den 5½ Millionen Einwohnern, die 1786 der preußische Staat zählte, entfielen nach Gustav Schmoller $^1/_6$ bis $^1/_5$ auf Kolonistennachkömmlinge.*) Es war eine unvergleichliche Tat des absoluten Fürstentums, nur denkbar in solchem Staatswesen mit dem spartanisch rauhen Gepräge. Das Gutsland dürfte unter dem 2. und 3. preußischen Könige im allgemeinen keine Erweiterung erfahren haben, zu stark waren Bauernschutz und Kolonisation; freilich auch keine Verminderung. Denn im wesentlichen füllte die Kolonisation doch nur die durch Pest und Kriegsnöte ge-

*) Vergl. Gustav Schmoller: „Die preußische Kolonisation des 17. und 18. Jahrhunderts". Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 32. Band. Leipzig, bei Duncker & Humblot. 1886.

rissenen Lücken aus, dünn war überdies die Bevölkerung, zahlreich unbebautes kultivierbares Oed- und Sumpfland. Mochte daher der Kleinbesitz absolut sich vermehren und auch relativ im Verhältnis zum Großgrundbesitz, es geschah nicht direkt auf Kosten des letzteren. Gar bald begann dann aber absolut wie relativ der Anteil des Großgrundbesitzes wieder in die Höhe zu gehen, eine Folge der Bauernbefreiung.

Es war ein Verhängnis, dessen traurige Folgen am meisten die Gegenwart spürt, daß die Bauernbefreiung nicht durchgeführt wurde von der zähen konservativen Staatskunst des großen Königs, sondern erst in die Wege geleitet wurde nach den schmerzlichen Erfahrungen eines unglücklichen Krieges, in einer Periode, die schwanger war vom kommenden Liberalismus. Unendlich natürlich, daß der niedergeworfene, absolute Staat, der Staat der Bevormundung, seine Erneuerung erhoffte aus der freien Entfaltung aller Kräfte der einzelnen Persönlichkeit, aus dem Niederreißen aller Schranken, die Wirtschaft und Individuum hemmten. Aus England, dem freien Staatswesen, das allein dem Willen des korsischen Eroberers zu widerstehen vermochte, kam die Lehre des ökonomischen Liberalismus herüber, gierig aufgesogen von all den Kreisen, die damals die Träger der Bildung waren, ganz besonders befruchtend das höhere preußische Beamtentum. Eine Fülle des Segens ist daraus dem preußischen Volke erwachsen, wer möchte sie missen die großen Errungenschaften der Periode Stein-Hardenberg? Für die Wiedererrichtung des Staatswesens, für den Kampf der Befreiung vom Auslande war ein freies Geistesleben, waren die großen Akte der Gesetzgebung in Verwaltung und Wirtschaft unumgängliche Vorbedingung. Die Masse des Volkes hat freilich dann wie immer im Völkerringen die Entscheidung gegeben, sie ist in den Kampf gezogen, weil der König rief, weil die schwere Hand des Eroberers auf ihr lastete, liberale Ideen haben sie nicht befruchtet, sondern die schlichten Tugenden des Gottvertrauens und der Treue zum angestammten Fürstenhause waren die eigentlichen Triebfedern, keineswegs das Versprechen einer Verfassung. Aber in einem Kampfe, wie er dem preußischen Staate bevorstand, bedurfte es nicht nur des stummen heroischen Gehorsams der Massen, auch die Kräfte der Gebildeten waren nicht zu entbehren, sie konnten nur geweckt werden in dem Glauben an den Staat, ihn hatte besonders das Beamtentum nötig

und es fand ihn nur in der Verwirklichung der liberalen Ideen. Solange die zügelnde Kraft des Freiherrn vom Stein die Anregungen des ökonomischen Liberalismus einzufügen verstand in die Praxis des Lebens, wurden gröbere Fehler vermieden. Erst seine Nachfolger haben das Leben zu meistern versucht durch die Theorie und haben natürlich dort am meisten Schaden getan, wo die natürlichen Verhältnisse am wenigsten übereinstimmen mit den Gebilden des Menschenwitzes, in den ländlichen Verhältnissen, deren scheinbar einfacher Charakter mehr Schwierigkeiten bietet als die modernsten Probleme der Technik, da es sich bei ihnen nicht um tote Materie, sondern um lebendige Organismen handelt. Vor allem war es eine Ueberzeugung, die bestimmend wurde für die gesamte Agrargesetzgebung, der manchesterliche Glauben an den Segen freier schrankenloser Entwicklung. Befreiung von aller Gebundenheit für Boden wie Individuum wurde das Schlagwort, von dessen Verwirklichung man wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt erhoffte. Die harte Einseitigkeit des genialen Reichsfreiherrn, der auch die Landbevölkerung von den Abgaben und Fronden befreien wollte, aber das Verbot des Auffaugens von Bauernland im freien Verkehr aufrecht erhalten wollte, fehlte denen, die berufen waren, sein Werk zu vollenden. Von den kommenden sozialen Mißständen fehlte diesen Reformern jede Vorahnung. Sie sahen den Großbetrieb als Träger alles Fortschritts, als überlegene Betriebsform, weshalb daher durch eine starre alte Gesetzesbestimmung den Bauernstand schützen! Die Vergrößerung des Betriebes war ja nur zu begrüßen, Schön und seine Freunde schwärmten geradezu für die größeren Güter. So begann jenes Zeitalter, in dem der wirtschaftliche Erfolg der Götze wurde, dem man diente bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Keine Spur von sozialem Empfinden hat die Männer der liberalen Periode jemals an ihrem Götzen Fortschritt zweifeln lassen, die formelle Freiheit war gegeben und allein darauf kam es ihnen an. Das war ohne Zweifel erreicht, die Menschenrechte völliger Freiheit und Unabhängigkeit, die Beseitigung der alten Feudallasten, das brachte die neue Zeit der Menschheit. Wer aber in der freien Entwicklung strauchelte, wer den Kampf ums Dasein nicht bestand, der war eben wert zu Grunde zu gehen, den künstlich zu halten war eine Forderung des Rückschritts. Es war die Freiheit des Selbstmordes, denn in erbärm-

lichem wirtschaftlichen Zustande trat der Bauernstand ein in die Periode der Befreiung, entblößt von allem notwendigen Inventar durch die Opfer der Freiheitskriege, durch die Verheerungen der napoleonischen Zeit durfte er jetzt die Sonne der wirtschaftlichen Freiheit genießen. Er, der in seiner überwiegenden Mehrheit Jahrhundertelang von der Hand in den Mund gelebt hatte, der gewöhnt war, bei dem geringsten wirtschaftlichen Unglücksfall die Unterstützung des Grundherren anzurufen, der steter Aufsicht unterworfen war, stand jetzt auf eigenen Füßen, sollte verschuldet und entblößt den Kampf ums Dasein aufnehmen. Abtretung von ⅓—½ des Landes oder Zahlung einer Rente an den Gutsherrn für Aufhebung der Fronden und Abgaben verlangte die Regulierungsakte. Das erstere gab ihm die Möglichkeit der weiteren Existenz, denn die Güter waren groß und das geringe noch vorhandene Inventar reichte knapp für die Hälfte des Areals. Verloren in ihrer großen Mehrzahl waren aber die, die zu den Lasten aus den unruhigen Zeiten der Vergangenheit die neue Last der Rente fügten. Zahllose Existenzen sind damals zu Grunde gegangen, wurden aufgesogen vom Großgrundbesitz, von besser gestellten Nachbaren. Wirtschaftliche Helden waren alle diejenigen, die unter solchen Verhältnissen ihre wirtschaftliche Existenz hinüberzuretten vermochten in eine bessere Zukunft. Auch der Großgrundbesitz war damals nicht auf Rosen gebettet, seine Verschuldung war infolge der Kriegsjahre ins Ungemessene gestiegen, noch heute sind die Folgen zu spüren. Auch ihm legte die neue Regulierung größere Lasten auf, das Areal vergrößerte sich, die Fronden, mit denen teilweise das bisherige Gutsland bestellt worden war, hörten auf. Neue Gespanne, zahlreiche Arbeitskräfte waren einzustellen, woher sollten in dieser kapitalsarmen Zeit die Mittel kommen? Aber freilich, der Großgrundbesitz hatte die langjährige Praxis freier Initiative vor dem Kleinbesitz voraus, sein Kredit war absolut wie relativ größer, denn man hatte mehr Zutrauen zu seinen wirtschaftlichen Fähigkeiten. Unter den landwirtschaftlich ungünstigen ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts litt auch er furchtbar, aber in der Wollproduktion kam ihm schließlich die Rettung. Nicht so schnell vermochte sich der Bauer der Schafzucht zuzuwenden, ihm fehlte auch der Kredit. So war denn diese Periode die Zeit erneuten großen Anwachsens des Gutslandes auf Kosten der bäuerlichen Betriebe. Zahlreiche kleinere Betriebe waren infolge des Widerstandes

und der Kurzsichtigkeit der Gutsherren nicht für regulierbar erklärt worden, ihre Inhaber wurden als Instleute auf dem Gute angesetzt, das Land zum Gutsareal geschlagen, zahlreiche regulierte Stellen hatten ein Drittel bis Hälfte des Areals abgetreten. Die gewaltigste Förderung aber kam aus dem Erwerb der zahlreichen im freien Verkehr zu Grunde gerichteten bäuerlichen Existenzen, weil liberale Kurzsichtigkeit den Fridericianischen Bauernschutz nicht aufrecht erhielt. Der Egoismus der Großgrundbesitzerklasse, deren bedeutenste Vertreter aber ebenfalls unter den liberalen Einflüssen standen und den Segen der freien Entwicklung wie die Ueberlegenheit des Großbetriebes priesen, tragen hieran die Schuld, nicht minder aber, das wird von dem heutigen Liberalismus stets vergessen, das liberale hohe Beamtentum. Ihm fehlte die Erkenntnis, daß das hohe Gut persönlicher Freiheit nur auf der Grundlage wirtschaftlicher Reife oder sozialer Unabhängigkeit gedeihlich wirken kann. Die zahlreichen Existenzen, die damals in die Klasse des Landproletariats hinabgestoßen wurden, haben die persönliche Freiheit nur ausnützen können, indem es ihnen frei stand, beschäftigungslos oder unter erbärmlichen Bedingungen ihr Leben zu fristen. Glücklich diejenigen, die in der gesicherten Stellung des Instmannes auf den Gütern angesiedelt wurden und wenigstens die wirtschaftliche Sicherheit gegen soziale Abhängigkeit eintauschten. Auch hier herrschten freilich nicht mehr die alten Verhältnisse. Immer mehr begann der Instmann, der einst mit mehreren Morgen Land, Pferd und mehreren Kühen ausgerüstet den Charakter eines kleinen Selbstwirtschafters trug, durch gleiche Wirtschaftsinteressen mit dem Gutsherrn verbunden war, zum Deputanten und Tagelöhner herabzusinken, den immer weniger wirtschaftliche Interessen mit seinem Herrn verknüpften. Das Interesse der intensiveren Wirtschaft, der kapitalistische Zug, das Streben nach Verdienst, das durch den starken Zustrom bürgerlicher Elemente, denen nunmehr auch der Landbesitz freigegeben wurde, in die Landwirtschaft hineingekommen war, räumten mit derartigen Verhältnissen bald auf; zuerst fiel Pferdehaltung und Landbesitz, auch die übrige Viehhaltung wurde eingeschränkt, der Anteil vom Ertrage wich dem Deputat, Geldlohn trat immer mehr an die Stelle von Deputatlohn. Gleichzeitig verschlechterte sich in den Dörfern infolge der Gemeinheitsteilungen die Lage der freien Arbeiter. Zuvor war ihnen infolge der Gemeindeweide die Haltung

eines bescheidenen Viehstandes möglich gewesen, jetzt erfolgte die Aufteilung. Der kleine Brocken Land oder die Geldentschädigung, die auf den kleinen Mann fielen, waren bald durch Not und Leichtsinn aus den Händen gegeben, die proletarische Existenz war fertig. Ueberall bildeten diese freien Landarbeiter die unterste Schicht der Bevölkerung, befanden sich stets in erbärmlichster Lage, aber zahlenmäßig zeigten gerade sie infolge ihrer proletarischen Existenz die stärkste Zunahme. Zu dieser durch die Fehler der sozialen Gesetze und die wirtschaftliche Entwickelung geschaffenen künstlichen Vermehrung des Landproletariats, kam seine außerordentlich starke natürliche Vermehrung*).

Es sind die Jahrzehnte bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts ausgezeichnet durch eine ungemein starke Geburtenziffer, das flache Land nimmt im Osten stärker zu an Bevölkerung als die Städte. Es betrug die durchschnittliche jährliche Zunahme im Zeitraum 1816—55 für Ost- und Westpreußen 1,53 %, für Pommern 1,64, für Posen 1,37, für Schlesien 1,27, für Brandenburg 1,29, für die gesamten deutschen Staaten nur 0,96 %. Es sind das die idealen Zeiten des ländlichen Arbeitgebers, ein Arbeiterangebot zu allen Preisen, dem die Nachfrage auch nicht entfernt entsprach. Es sind aber auch die Jahrzehnte erbärmlicher Lebenshaltung und absoluter Hoffnungslosigkeit für das Landproletariat.

Von den wirtschaftlichen Fortschritten, von der größeren Rentabilität der Landwirtschaft in Folge der um die Mitte des Jahrhunderts eintretenden Preissteigerungen für Getreide haben diese Schichten der Bevölkerung wenig Vorteile gehabt. Welcher Arbeitgeber ist denkbar, vor dessen Haus trotz niedriger Löhne Hunderte nach Arbeit rufen, der dann freiwillig auch bei günstiger Konjunktur die Löhne erhöht? Für diejenigen Landproletarier aber, die vielleicht trotz der Armseligkeit der Verhältnisse ein kleines Kapital erübrigten, wurde der Erwerb eines kleinen Besitztums immer schwieriger, denn mit der besseren Konjunktur gingen auch die Bodenpreise in die Höhe. In dumpfem Dahinbrüten, dort, wo es wirtschaftlich im Instmannsberufe nichts zu entbehren brauchte, wohl auch zufrieden mit seiner Lage und nicht bewußt der sozialen Abhängigkeit, lebte das Land-

*) Vergl. Gertrud Dyhrenfurth: „Ein schlesisches Dorf- und Rittergut“. Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen. Band 25, Heft 2, S. 57 u. 74.

proletariat dahin, in Zucht gehalten durch die Traditionen des alten Polizeistaats und des gutsherrlichen Regiments. Nur ausnahmsweise machte sich die Unzufriedenheit in offener Gährung Luft, wie im Revolutionsjahre 1849 in pommerschen Bezirken. Das verschlossene, zurückhaltende Wesen des östlichen Proletariers, der Mangel politischer Organisation, das Fehlen politischer Versammlungen waren die Gründe, die es verhinderten, daß es in dieser Zeit einer relativen Uebervölkerung zu größeren Unruhen kam, wie sie 50 Jahre später unter ähnlichen Verhältnissen in Ungarn die Welt überraschten.*) Inzwischen begannen im deutschen Westen die Anfänge jener ökonomischen Entwicklung, die in wenigen Jahrzehnten die wirtschaftliche Struktur dieser Gegenden völlig verändern sollte. Ehe jedoch der Osten in den Kreis dieser Entwicklung gezogen wurde, begann bereits bei ihm die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten. Gerade die tüchtigsten Leute, die etwas vor sich gebracht hatten, kehrten dem Vaterlande den Rücken, wie die Gutsbesitzer des Ostens klagten. Das war natürlich, denn nur der vermochte die weite Reise über den Ozean anzutreten, der etwas besaß und das waren nur die Instleute in ihrer wirtschaftlich nicht ungünstigen Lage. Niemals ist es das ärmste Proletariat, das vom Existenzminimum lebt, das den Mangel der Freiheit empfindet, dem die Hoffnungslosigkeit des Emporkommens auf der sozialen Stufenleiter die Freude am Dasein vergällt. Erst ein gewisser wirtschaftlicher Wohlstand ermöglicht auch soziale Ansprüche. Nicht die Gegenden mit den niedrigsten Löhnen machten Revolution im ungarischen Feldarbeiteraufstand, sondern das bestbezahlte ungarische Landproletariat.**) Dann kamen die Zeiten der Abwanderung nach dem Westen, nach Berlin und den großen Hafenstädten, Industrie und Handel entfalteten sich in beispielloser Weise, der Osten lieferte ihnen Millionen kräftiger Arme, ein Menschenkapital, dessen Erziehungsgelder sich auf Milliarden belaufen mochten. Hatten zunächst die überschüssigen Massen der freien Landarbeiter die Lücken ausgefüllt, die in die Gutsarbeiterschaft durch den teilweisen Abzug der Instleute gerissen waren, bald lichteten sich die Reihen wieder. Uebermächtig wurde das Gefühl nach sozialer Unabhängigkeit. Heraus aus den

---

*) Vergl. Joseph Graf Mailath „Studien über die Landarbeiterfrage in Ungarn." Wien und Leipzig bei Franz Deutike. 1905.
**) Vergl. Mailath S. 61 ff.

beengenden Verhältnissen steter Dienstbereitschaft wurde das Losungswort. Man berauschte sich an den Erzählungen von hohen Barlöhnen, der genau bemessenen Arbeitszeit. Wenn die Fabrikglocken das Zeichen gaben, dann war man wirklich frei, kein Herr, kein Inspektor hatte dann dreinzureden. Eine Völkerwanderung begann wieder vom Osten zum Westen. Wen nicht die zähe Liebe zum Eigentum festhielt, der ging von dannen. Erschreckt sahen die Gutsherren, sahen auch die größeren Bauern die immer weiter klaffenden Lücken in Gesinde und Arbeiterschaft. Die Löhne stiegen von Jahr zu Jahr, auch in den Zeiten der Agrarkrisis, die unglücklichen neunziger Jahre machten keine Ausnahme, immer weiter ging der Reinertrag zurück, Arbeiter und Gesinde ließen sich nicht halten. Für jeden, der sehen wollte, enthüllte sich immer deutlicher die Tatsache, daß ein erwachendes Landproletariat, das die Wahl hat zwischen dem Verbleiben auf der Scholle und industrieller Tätigkeit, nur zu halten ist, wenn es diese Scholle bearbeiten darf für sich selbst und seine Kinder. Jahrzehnte lang haben die fähigsten Köpfe, die der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung standen, sich abgemüht in unfruchtbaren Beratungen in Landwirtschaftsrat und Landesökonomiekollegium über die Landarbeiterfrage. Zahlreiche Projekte sind durchgesprochen, zahllose Versuche sind angestellt worden, um dem Uebel abzuhelfen, alles vergebens. Resigniert mußte gelegentlich der Verhandlungen des Königl. Landes-Oekonomiekollegiums vom 6.—9. März 1907 Graf zu Rantzau-Rastorf bekennen: „Ich habe die Ueberzeugung, daß es überhaupt kein Mittel gibt, um die ländliche Arbeiterfrage s o zu lösen, daß wir wieder genügend i n l ä n d i s c h e Arbeiter für unsere landwirtschaftlichen Betriebe erhalten". Gar manches Mal freilich, wenn die industrielle Konjunktur abflaute und einen Rückgang der Bewegung brachte, gab man sich der täuschenden Hoffnung hin, endlich ein Stillstand. Wenn dann aber die industrielle Aufwärtsbewegung einsetzte, dann gingen wieder ungezählte Scharen, die der Osten groß gezogen hatte, nach dem Westen und die geburtenreichsten Provinzen wurden erschöpft bis zur Blutleere. Sie hören auf, dem Westen hinreichenden Nachschub von Arbeitskräften zu gewähren, der um so notwendiger wird, als, wie vorher gezeigt wurde, in den Stätten großstädtischer und industrieller Konzentration die Geburtenziffer einen bedenklichen Tiefstand erreicht hat und diese Zentren nicht aus sich heraus

die für Gewerbe und Handel notwendigen Arbeitskräfte aufzuziehen vermögen. So beginnt der Osten für diese Aufgabe, die er Jahrzehnte lang erfüllte, zu versagen, nachdem er schon lange nicht imstande war, das bei ihm heimische Gewerbe, die Landwirtschaft, mit ausreichenden einheimischen Arbeitskräften zu versorgen.

Das Problem der deutschen Zukunft wird die Frage, woher nehmen Landwirtschaft im Osten und Industrie im Westen die notwendigen Arbeitskräfte, ohne das deutsche Land der Gefahr der Entnationalisierung auszusetzen, ohne die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse herabzudrücken. Denn in diesen Tatsachen liegt die ungeheure Gefahr der gegenwärtigen Entwicklung. Wären es deutsche Volksgenossen von annähernd gleicher Kulturhöhe, die in die leeren Arbeitsstätten des Ostens wanderten, wir könnten uns über diesen Zuwachs nur freuen, wir könnten mit einer gewissen Ruhe der zukünftigen Entwicklung entgegensehen. Das ist nur zum kleinen Teil der Fall, vielmehr wandern gerade solche Elemente ein, die durch die gemeinsame Nationalität mit denjenigen deutschen Staatsbürgern verbunden sind, die in erbittertem Kampf stehen gegenüber dem Deutschtum, den Polen des preußischen Ostens. Wie dieser Kampf entstanden ist zwischen Deutschtum und Polentum, das auszuführen, würde zu weit führen. Er ist vorhanden und jeder, dem nicht die weltbürgerlichen Ideen des Sozialismus oder eines verwaschenen Sozialliberalismus die gesunden Nerven vertrocknet haben, wird Partei nehmen in diesem Kampfe und wird fechten um jeden Fußbreit deutscher Erde. Aber auch das sittliche Recht der höheren Kultur und das Recht der Geschichte werden auf deutscher Seite sein. Der Staat anarchistischer Willkür, steter Bedrohung der friedlich kulturellen Arbeit seiner Nachbarländer, wie es das alte Polen war, mußte verschwinden. Lediglich um den Unterdrückungsgelüsten einer wilden zügellosen Schlachta zu fröhnen, durfte ein derartiger Feuerherd nicht weiter bestehen. Das polnische Volk in seiner Gesamtheit hat von der Aufteilung der polnischen Lande nur gewonnen, ganz besonders die an Preußen gefallenen Lande. Nirgends war die Masse so gedrückt und geknechtet als im ehemaligen Königreich Polen. Recht- und schutzlos stand der Bauer dem Adel gegenüber, bis zum Jahre 1766 schwebte über ihm das gutsherrliche Recht über Leben und Tod, jus vitae et necis; für die Bestrafung von Verstümmelungen des Körpers waren weder Gerichtshof noch Richter

bestimmt. Noch nach 1766 konnte gegen einen Edelmann die Klage wegen vorsätzlichen Mordes, begangen an einem Bauern, nur eingeleitet werden, wenn 3 Edelleute und 3 andere Personen als Zeugen auftraten. Durch den eigenen Eid und den zweier Standesgenossen konnte sich jeder Edelmann reinigen*). Man hat Beispiele gehabt von dem unseeligen Walten von Adelsoligarchien in der Agrargeschichte, so in Vorpommern unter schwedischer Herrschaft. Derartige Beispiele brutalster Klassenherrschaft wie in Polen finden sich sonst aber nicht. In mühsamer Kulturarbeit hat der preußische Staat diese Gebiete von den Auswüchsen der nationalen polnischen Herrschaft befreit, ihm ist es zu verdanken, wenn dort ein kräftiger Bauernstand, ein lebensfähiger Mittelstand emporgewachsen sind. Nicht undankbar hat sich der kleine polnische Landmann erwiesen, solange noch die Erinnerungen an die Schrecken des Adelsregiments lebendig waren. Solange er in unmittelbarem Vergleich damit die Segnungen der preußischen Herrschaft vor Augen hatte, versagte er sich den vom unruhigen Adel angestifteten Aufstandsversuchen.**) Aber die Erinnerungen an das Wirken der Schlachta schwand mit den dahinsterbenden alten Generationen, der eigene Wohlstand hob sich, mit ihm das Bewußtsein der Kraft und das Verlangen nach nationaler Unabhängigkeit. Mit außerordentlichem Geschick wußte sich der Adel den veränderten Verhältnissen anzupassen. Die Söhne der ehemaligen Vorfechter willkürlichster Klassenherrschaft verstanden in den Volksversammlungen mit demagogischer Rede die Köpfe der Polen ebenso gut zu bearbeiten und nach ihrem Willen zu lenken wie ihre Väter sich Gehorsam erzwungen hatten durch brutale Anwendung der Knute. Entscheidend für den Fortgang der nationalpolnischen Bewegung wurde aber erst die unheilvolle Nachgiebigkeit Friedrich Wilhelm IV., der der ausgezeichneten und germanisierenden Verwaltung Flottwells ein Ende bereitete und die gegen die polnischen Vereine getroffenen Verwaltungsmaßnahmen aufhob. Er entsprach damit allerdings durchaus den damals in westdeutschen, besonders liberalen Kreisen herrschenden Anschauungen über das Polentum.

„In der ungeziemendsten, leichtfertigsten, unbegreiflichsten Weise,

---

*) Vergl. Franz Guradze: „Der Bauer in Posen". Halle 1898.

**) Vergl. Dr. Leo Wegener: „Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen um die Provinz Posen". Posen bei Joseph Jolowicz. 1903. S. 59.

schreibt v. Boguslawski, schärmte der deutsche Liberalismus damals für die Polen und arbeitete dadurch dem Deutschtum im Osten entgegen. — Alle Polen waren „edel", wie Treitschke mit beißender Ironie sagt, gab es keine unedlen"*).

Der scharfen und entschiedenen Polenpolitik Bismarcks folgte dann wieder die Nachgiebigkeit der Periode Caprivi, die wiederum abgelöst wurde durch die augenblickliche Politik, die an die Traditionen Flottwell-Bismarckscher Politik anknüpft. Es bedarf nicht langer Ausführungen, um klarzulegen, daß dieser häufige Wechsel in der Behandlung eines wirtschaftlich erstarkten Volkes in keiner Weise dem preußisch-deutschen Interesse förderlich war.

Die Perioden der Nachgiebigkeit versöhnten nicht, denn der Verwaltungsapparat bestand aus Menschen, die nicht sofort, wenn der Wind oben umschlug, die Krallen einzogen und die Sammetpfötchen zeigten. Es war nur zu menschlich, wenn die Persönlichkeiten, die einst strenge Maßnahmen ausführen mußten, nicht sogleich geeignet waren, Träger des Versöhnungsgedankens zu werden. Die Zeiten scharfen Vorgehens dauerten wiederum nicht lange genug an, um dem Polentum den Beweis zu erbringen, daß es gelte zu biegen oder zu brechen, daß der rückhaltlose Anschluß an den preußischen Staat und das Aufgeben aller großpolnischen Gedanken notwendig sei. Immer wieder tauchten die Erinnerungen auf an die Zeiten der Nachgiebigkeit seitens des preußischen Staats.

Die Hoffnung auf die Wiederkehr einer Versöhnungsperiode hinderte die Unterwerfung. Stärker als je, sozial wie wirtschaftlich, steht heute das Polentum da, weitschweifende Hoffnungen knüpft es an die Entwicklung der Zustände in Rußland. Durch hunderttausende von Wanderarbeitern aus den Reihen russischer und galizischer Polen, die namentlich nach den Gegenden des Zuckerrübenbaues ziehen, wird seine Stellung im Inland gestärkt, deren Ersparnisse wiederum dem Polentum im Auslande zu gute kommen.

Das inländische polnische Landproletariat aber zieht z. T. als Sachsengänger nach dem deutschen Westen, in der Provinz Posen sollen es 1900 allein 13,48 % der erwerbstätigen Arbeiter in der Landwirtschaft gewesen sein.**)

*) Vergl. A. v. Boguslawski: „85 Jahre preußischer Polenpolitik in Posen und Westpreußen von 1815—1900". Berlin 1901 bei Gose und Tetzlaff.
**) Vergl. J. v. Trzcinski: „Russisch-polnische und galizische Wanderarbeiter im Großherzogtum Posen". Stuttgart und Berlin 1906 bei J. G. Cotta.

Nach Schätzungen wandern jährlich 8 Millionen Mark der Ersparnisse der Sachsengänger allein nach der Provinz Posen. Diese Gelder werden in Landerwerb angelegt, befruchten die polnischen Genossenschaften, stärken die polnischen Geschäftsleute, die wirtschaftliche und soziale Macht des Polentums steigt. Die Möglichkeit erweiterter politischer Propaganda ist damit gegeben und die letzten Wahlen brachte die Eroberung des bisher indifferenten polnischen Oberschlesien. Ein Versagen des polnischen Zuwandererstromes von selbst ist aber für absehbare Zukunft nicht zu erwarten. Da liegen sowohl in Russisch-Polen wie in Galizien die Verhältnisse für die dortige Bevölkerung zu ungünstig, als daß sie sich im eigenen Lande ernähren könnte. In Russisch-Polen hat eine außerordentlich starke Zunahme der landlosen Bevölkerung stattgefunden, von 220 000 auf 850 000 im Zeitraum 1864—91. In der Gegenwart wird ihre Zahl auf 1 Million geschätzt. Dazu kommt eine Bauernübervölkerung von 1 250 000 Personen, die weniger als 10 polnische Morgen Land besitzt. Die Industrie ist zu unentwickelt und hat nur einen kleinen Teil der überschüssigen Arbeitskräfte aufnehmen können, die Folge ist starke Uebervölkerung und Arbeitslosigkeit auf dem Lande. Keines der polnisch-russischen Gouvernements steht in seiner Bevölkerungsdichtigkeit hinter Ostpreußen zurück, schon dieses bedeutet für russische Agrarverhältnisse eine Uebervölkerung. Einzelne Bezirke, so Warszawa mit 152,8, Piotokow mit 130,7 Einwohner pro qkm übertreffen den deutschen Durchschnitt von 104,2 (1900) erheblich. Dazu kommt, daß gerade in den an Preußen grenzenden Gouvernements die Landlosen einen sehr erheblichen Prozentsatz der Bevölkerung ausmachen, in Warszawa 21 %, in Kalisz 18,9 %, in Plock 19,3 %. In einigen dieser Bezirke ist außerdem die Kleinbauern- und Parzellenbesitzerklasse stark vertreten, alles Bevölkerungsschichten, die sich dort nicht ernähren können und bei den außerordentlich niedrigen Löhnen lieber das Nachbarreich aufsuchen. Man bekommt einen Bgriff von den dortigen Lohnverhältnissen, wenn mitgeteilt wird, daß das Gesinde Fleisch nur an größeren Feiertagen und einige Mal während der Ernte erhält oder wenn ein Stück Vieh krepiert. Ledige Knechte bekommen 24—40 Rubel, Mägde ca. 2 Rubel weniger, erstere also 50—85 Mark. Man vergleiche damit die deutschen Verhältnisse, wo z. B. im Vogelsgebirge für die über 20 Jahre alten Knechte ein Barlohn von 356 Mark

berechnet, für die Ernährung allein an Fleisch 70 Mark angenommen werden. Noch trauriger liegen die Verhältnisse in Galizien. Dieses Land hatte etwa Mitte der neunziger Jahre 1 740 000 Bauern, auf die durchschnittlich 4,2 österreichische Morgen entfielen, während erst ein Besitz von 10 Morgen eine Familie zu ernähren vermag. Schon hierdurch ist die Uebervölkerung gekennzeichnet. Das unzureichende Land kann aber auch nicht genügend ausgenutzt werden, da es in lange dünne Streifen zerlegt ist, die jede intensive Kultur hindern. Dazu kommt die ungeheure Verschuldung, die Anarchie des Wuchers, die bäuerlichen Wucherer nehmen 24 %, die Juden machen es nicht unter 50—150 %. An Industrie fehlt es gänzlich, die Arbeitsgelegenheit auf dem Lande ist äußerst beschränkt, in dieser Richtung wirken auch die zahllosen Feiertage, je nach der Gegend zwischen 100 und 200 Tagen im Jahre schwankend. Die mangelnde Arbeitsgelegenheit führt in der Hauptsache zu Zuständen, die darin ihren Ausdruck finden, daß die Familien vielfach nur 4/5 ihres Existenzminimums erwerben. Als Hauptnahrungsmittel der Arbeiterbevölkerung werden angegeben: Kartoffeln, Kohl, Bohnen, Erbsen, Graupe und Roggenmehl. Dagegen werden Milch, Eier, Geflügel und besseres Getreide verkauft, um die Mittel für die Kleidung und Steuern zu erhalten. Roggenbrot ist selten, an seine Stelle tritt eine Art Gerstenkuchen. Fleischgenuß ist selbst bei wohlhabenden Bauern das Zeichen eines besonders feierlichen Tages und findet auch dann nur in kleinen Mengen statt. Auch diese Gegenden werden ebenso wie Russisch-Polen ihre Bevölkerung nur mit Hilfe der Saisonarbeit ernähren können, für absehbare Zeit ist deshalb mit einem Aufhören der Abwanderung nicht zu rechnen. Sicher der dauernden Stärkung durch Zuzug vom Auslande, wirtschaftlich und sozial ganz gewaltig emporgekommen im Inlande, mag das Polentum der Gegenwart von Nachgiebigkeit heute weniger hören als jemals. Somit ist aber die Frage nach der Schaffung von Arbeitskräften für Industrie und Landwirtschaft zugleich zur Existenzfrage für den Staat geworden, zu einem Problem, dessen Lösung zu der für Preußen-Deutschland wichtigsten Aufgabe der Gegenwart geworden ist. Gelingt es deutsche Menschenmassen nach dem Osten zu schaffen, die dort bodenständig werden, dann ist dieses Problem gelöst nach seiner wirtschaftlichen wie nationalen Seite. Denn deutsche Menschenmassen bedeuten Verdrängung der polnisch-russi-

schen und polnisch-galizischen Wanderarbeiter, deutsche Menschenmassen als Bodenbebauer bedeuten Kinderreichtum, bedeuten überschüssige Arbeitskräfte für den Westen und die Industrie. Wenn man aber deutsche Menschenmassen nach dem Osten schaffen will, dann muß man zuerst fragen, weshalb bleiben die bisherigen Söhne der ostdeutschen Erde nicht in ihrer Heimat? Wir geben die Antwort, weil nur dort Heimat ist, wo die Hoffnung lebt, wo die Augen leuchten dürfen für eigenen Aufstieg und das Glück der Kinder. Nur den, der sie besitzt, hält die Scholle fest, nicht den, der auf ihr frondet im Dienste eines anderen. Das ist die eindringliche Lehre der modernen ländlichen Entwicklung, wer sie übersieht, wird vergeblich nach einer Lösung der Landfrage suchen. Dem widerspricht auch nicht, daß sich hier und da, wie es ja nachgewiesen ist, auf den Fideikommissen derartig gesunde patriarchalische Verhältnisse bewahrt haben, infolge deren die Abwanderung eine geringere ist als beim übrigen Großgrundbesitz. Das bleibt für die allgemeine Entwicklung ohne Bedeutung. Man kann sehr wohl in diesen Fällen das hervorragende soziale Verständnis dieser alten Adelsfamilien anerkennen nud dabei doch der Ansicht sein, daß die größte Mehrheit der Großgrundbesitzer, wie die Vergangenheit bewiesen hat, zu diesen Leistungen auch in Zukunft nicht imstande sein wird, am allerwenigsten aber die Familien des modernen Grundbesitz erwerbenden Geld- und Protzenadels! Auf diesem Wege, etwa durch die Fideikommißbildung ist sicherlich eine Lösung der bestehenden Schwierigkiten nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen. Das Höhere in sittlicher und ethischer Beziehung als ein noch so ideal aufgefaßtes Arbeitsverhältnis bleibt doch die Arbeit für seinen eigenen Besitz und auf der eigenen Scholle. Auch die bisherigen Erfahrungen sprechen durchaus gegen den Großgrundbesitz als geeignete Form deutscher Kolonisation.

Kolonisatorisch kann eine Schicht im Sinne ihres Nationalismus nur dann wirken, wenn sie zäh auf ihrem Grund und Boden sitzt und wenn sie gesellschaftlich und sozial auf die übrigen Volksschichten zu wirken vermag. Beides ist beim Großgrundbesitz, namentlich in den sprachlich gemischten Gegenden nicht der Fall. In der ungeheuren Mehrzahl der Fälle bestehen zwischen Großgrundbesitz und der übrigen Landbevölkerung derartige gesellschaft-

liche und soziale Unterschiede, daß eine Einwirkung seitens der Besitzer im Sinne deutschnationaler Tendenzen gänzlich ausgeschlossen ist. Nur hier und da werden sich wie auf einzelnen Fideikommissen so überragende Persönlichkeiten finden, die trotz ihrer sozialen Stellung doch das Geschick besitzen, mit den Massen der Bevölkerung einen Zusammenhang zu behalten, der über die formelle Seite des Arbeitsverhältnisses hinausgeht. Wenn Wegener*) berichtet, daß in einzelnen Dörfern polnisches Gesinde unter dem Einfluß der deutschen Bauern mit der Zeit deutsch geworden sei, so hat er vollständig recht, wenn er hinzufügt, daß dies nur in den engen Verhältnissen des bäuerlichen Betriebes möglich ist, nicht aber beim Großgrundbesitz. Letzterer ist überdies zum nicht unerheblichen Teil nicht wohnhaft auf seinem Grund und Boden. Es lebten in der Provinz Posen von den Besitzern der Güter über 2000 ha von den Polen 8,5 % mit 13,4 % der Fläche außerhalb der Provinz, von den Deutschen aber 36,5 % mit 50,4 % der Fläche. Der Großbetrieb ist im Osten eben schon in nicht unerheblichem Maße aus einer Heimstätte zu einer bloßen Grundlage für gewisse soziale Ehrentitel und Rechte geworden. Zum überwiegenden Teil ist er in den gemischten Bezirken Spekulationsbesitz. Von den Betrieben über 100 ha wechselten im Bezirk Posen in 4 Jahren 39,2 % ihren Besitzer, im Bezirk Bromberg 43,6 %, gerade die Betriebe allermodernster Wirtschaft, die Zuckerrübenkreise waren daran beteiligt.**) Nach den Feststellungen der Denkschrift waren von den 1907 vorhandenen 795 nicht fideikommissarisch gebundenen Gütern des Großgrundbesitzes in Posen nur 263 = 33 % länger als eine Generation in dem Besitz einer Familie. Man kann hier kaum noch von altererbtem und zäh bewahrtem Besitz sprechen, um so weniger darf daher der Staat vor einem notwendigen Eingriff zurückschrecken. Die starke Zunahme des Großgrundbesitzes in deutscher Hand, wie ihn z. B. die Provinz Posen aufweist, hat nun keineswegs zu einer Förderung des Deutschtums geführt, vielmehr ist die Zahl der deutschen Bevölkerung in diesen Betrieben zurückgegangen.†) Das gleiche gilt von den Fideikommissen. Im Bezirk Posen nahmen die deutschen Bewohner auf den Fideikommissen um 59, im

---

*) Vergl. Wegener S. 102.
**) Vergl. Wegener S. 121.
†) Vergl. Wegener S. 127 ff.

Bezirk Bromberg um 73 unter 1000 im Zeitraume 1871—1895 ab. Auch auf den staatlichen Domänen, die doch gerade von den tüchtigsten Landwirten bewirtschaftet werden, nahmen im gleichen Zeitraum in der ganzen Provinz die Polen um 74 unter 1000 zu.*) Man braucht daher keineswegs auf dem Standpunkt von Männern wie Max Weber zu stehen, die ihrem fanatischen Haß gegen den Großgrundbesitz bei jeder Gelegenheit die Zügel schießen lassen, sondern sogar von seiner absoluten Notwendigkeit für das staatliche und wirtschaftliche Leben überzeugt sein, und kann doch der Ansicht sein, daß weder Fideikommiß noch landwirtschaftlicher Großbetrieb im bisherigen Umfange die Träger einer gesunden Zukunftsentwicklung für den Osten sein werden.

Man muß dann aber den Mut haben zu der Erkenntnis, daß die Abwanderungsfrage des Ostens nicht zu lösen ist, wenn man sie lösen will lediglich vom Standpunkt des ländlichen Arbeitgebers, der da verlangt, nach Arbeitskräften unter allen Umständen. Wie fühlen die Massen sich wohl auf dem Lande, wie müssen wirtschaftliche und soziale Zustände umgestaltet werden, damit sie gerne auf dem Lande bleiben, dies ist die Frage, die entscheidend ist dafür, daß deutsche Kulturarbeit zahlloser Generationen nicht zur Gründüngung wird für das emporsteigende Slaventum. Die Nationalität der Masse entscheidet im Völkerringen, in den schweren wirtschaftlichen Kämpfen, die Masse deutsch zu erhalten, ist deshalb die Aufgabe der Gegenwart. Die Zeiten sind vorüber, wo ein kleiner Ritterposten wichtiger war als die große Masse der ihn umwohnenden Bevölkerung, wie ja auch der Vergangenheit angehören jene Perioden, wo das religiöse Bekenntnis der Untertanen wechselte mit dem Glaubensbekenntnis des Fürsten. Auch das Polentum hat sich der Erkenntnis, daß es seine Stellung nur durch Kolonisation behaupten kann, nicht verschlossen, es hat bewußt die Schaffung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe in den Vordergrund seiner wirtschaftlichen Maßnahmen gestellt, von der Förderung des Großgrundbesitzes abgesehen. Das gleiche muß für das Deutschtum maßgebend werden. Ist die große Masse der Bevölkerung polnisch-slavischer Nationalität, dann vermag auch das redlichste Streben der wenigen Gutsbesitzer in Zeiten einer

*) Vergl. Wegener S. 130 ff.

nationalen Krisis diese weiten Gebiete der deutschen Herrschaft nicht zu erhalten. Es wird ihnen ergehen wie den Deutschbalten, man wird sie totschlagen wie tolle Hunde, sobald nicht wie in der Gegenwart der starke Arm des Staates ihnen Besitz und Sicherheit der Person gewährleistet. Kein europäischer Volksstamm ist heute in seinem Nationalgefühl so zurück, daß er auf die Dauer die wirtschaftliche und soziale Herrschaft einer kleinen, ihm stammfremden Minorität ertrüge, die bewußt ihre andersartige Nationalität pflegt, am allerwenigsten das Polentum. Es ist eine unglaubliche Verkennung der Tatsachen, wenn im deutschen Landwirtschaftsrat von einer Seite die Zulassung slavischer Arbeiter damit begründet wurde, daß die nationalste Tat unter allen Umständen die Bebauung des heimischen Grund und Bodens sei. Mit Recht entgegnet in seinen ausgezeichneten Briefen über Landflucht und Polenfrage demgegenüber der praktische Arzt Schiele: „Eine Landwirtschaft ohne deutsche Arbeiter ist keine deutsche Landwirtschaft mehr."

Man kann sogar weiter gehen und sagen, daß eine weitere Polonisierung des Ostens, die eine polnisch-slavische Mehrheit der Bevölkerung herbeiführt, den Osten zu einem Gebiet machen würde, das im Falle einer europäischen Krisis völlig für die Nahrungsmittellieferung versagen, dagegen ein Herd fortgesetzter Unruhen, ein Feld der Tätigkeit zum mindesten für Franktireurs und Marodeure bilden würde. Es wäre kein Gewinn für das Deutsche Reich, sondern lediglich ein Pfahl im eigenen Fleisch.

Vom nationalen Interesse wäre daher die äußerste Extensivierung der östlichen Gebiete in Bezug auf die Landwirtschaft mit einer sehr dünnen deutschen Bevölkerung vorzuziehen einem Zustande intensivster Kultur unter Zuhilfenahme einer zahlreichen polnischen Bevölkerung. Indessen liegen die Verhältnisse nicht so, daß eine dieser Alternativen notwendig wird. Vielmehr ist es sehr wohl möglich, das prozentuale Verhältnis der gegenwärtigen polnischen Bevölkerung immer mehr zurück zu drängen, wenn der Staat nur den ernsten Willen hat, seine Kraft und finanzielle Macht an diese wichtige nationale Aufgabe zu wagen. Steht doch der polnischen Bevölkerung von 3 Millionen im Deutschen Reiche eine deutsche Bevölkerung von 57 Millionen gegenüber. Die Gesamtzahl aller in Galizien, Rußland und Deutschland wohnhaften Polen aber wird gegenüber polnischen Uebertreibungen auf Grund zuverlässiger

Schätzungen nur auf 15 Millionen anzunehmen sein.*) Von diesen 15 Millionen kann aber nur ein kleiner Teil, die in Preußen wohnhaften Polen, in Bezug auf finanzielle Leistungsfähigkeit mit der deutschen Bevölkerung verglichen werden. Ist es doch gerade die traurige Lage der polnischen Bevölkerung in Rußland und Galizien, die die polnischen Wanderarbeiter veranlaßt, jedes Jahr nach Deutschland zu kommen. Finanziell ist also die Leistungsfähigkeit der deutschen Bevölkerung dem Polentum unendlich überlegen. Es gehört ja auch ein trauriger Mut dazu, das Kolonisationswerk an finanziellen Bedenken scheitern zu lassen, für den wenigstens, dem die gewaltigen finanziellen Leistungen des ärmlichen preußischen Staates während des 18. Jahrhunderts auf dem Gebiete der inneren Kolonisation bekannt sind. Gewiß geschieht schon heute auf diesem Gebiete manches, namentlich durch die Tätigkeit der infolge des Gesetzes von 1886 geschaffenen Ansiedlungskommission, die das nationale Element der Bekämpfung des Polentums mit dem sozialen, der Umwandlung von Gutsland in Bauernland verbindet,**) man kann ferner an die Generalkommission, die pommersche Ansiedlungsgesellschaft usw. denken. Man wird die Tätigkeit aller dieser Institute nur anerkennen können, aber gegenüber der starken Vermehrung der einheimischen polnischen Bevölkerung, gegenüber den von Jahr zu Jahr anschwellenden Massen polnischer Wanderarbeiter, ist der Rahmen dieser Arbeit doch außerordentlich erweiterungsfähig. Hier, wo es sich schlechtweg um die nationale Frage handelt, da kommen nicht Millionen, sondern Milliarden in Frage, da darf man nicht auf anfängliche Verluste sehen, mögen sie auch nach Millionen zählen. Die angesiedelten selbständigen Existenzen werden die anfänglichen Verluste mit hundertfachen Zinsen wirtschaftlicher wie idealer Natur ihrem Volke einst zurückzahlen. Vermag doch schon jetzt die Denkschrift über die Ansiedlung in Posen und Westpreußen trotz der Kürze der Zeit hocherfreuliche Folgen der Kolonisation festzustellen. Wo auf den früheren Gutsbezirken 30 Menschen auf dem Quadratkilometer lebten, sind es jetzt 50. An direkten Abgaben leisten schon heute die Ansiedlungen ¾ bis 1 Million

---

*) Vergl. Dr. Franz Winterstein: „Polnische Auferstehung". Lissa i. P. bei Friedrich Ebbecke. 1907. S. 28.

**) Vergl. die soeben erschienene Denkschrift: „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit".

mehr als die früheren Güter, in den stark besiedelten Kreisen ist das Wachstum der Gemeindelasten zum Sinken gekommen. Dazu kommt die Befruchtung des Wirtschaftslebens der Städte, die Erfolge auf nationalem Gebiete durch stärkere prozentuale Zunahme der deutschen Bevölkerung. Sehr wirksam traten die Einflüsse der staatlichen Ansiedlung in die Erscheinung, wenn man die Bevölkerungsveränderungen der beiden Ansiedlungsprovinzen mit dem der acht wesentlich landwirtschaftlichen Regierungsbezirke Königsberg, Gumbinnen, Frankfurt, Stettin, Köslin, Stralsund, Breslau, Liegnitz vergleicht. Es betrug die Bevölkerungszunahme:

1885—90	1890—95	1895—1900	1905	
+ 0,98 %	+ 3,63 %	+ 0,34 %	+ 2,68 %	in den Ansiedlungsprovinzen.
— 1,55	+ 0,51	— 1,51	+ 0,06	in den 8 übrigen ländlichen Regierungsbezirken des Ostens.

Die 145 fertig besiedelten Gemeinden hatten

1885	1905
29 769 Einwohner	44 865 Einwohner.*)

Diese Erfolge können daher nur ermutigen, die bisherige Betätigung der Kolonisationsbehörden fortzusetzen. Sie zeigen, daß der Staat auf dem richtigen Wege ist, wenn er die Bauernkolonisation in den Vordergrund schob, wenn er dazu in neuerer Zeit sich auch um die Ansetzung grundbesitzender Tagelöhner bemühte. Denn allein so können die Massen geschaffen werden, die notwendig sind, um die Ostmarken deutsch zu erhalten gegenüber dem andringenden Polentum. Nur diese ländlichen Schichten besitzen den Geburtenreichtum, der am letzten Ende doch entscheidend wird für alle nationalen Kämpfe. Wir sehen es an der Fülle der Geburten, die den Osten auszeichneten, solange noch nicht ein Uebermaß der Abwanderung ihn gerade der kräftigsten und zeugungsfähigsten Altersklassen beraubte. Auch heute noch kann man da, wo solche Schichten überhaupt noch vorhanden sind, ihren staunenerregenden Geburtenreichtum bewundern. Für 31 schlesische Landarbeiterfrauen konnte Gertrud Dyhrenfurth 162 Schwangerschaften feststellen. Dabei waren 6 Frauen nicht über 30 Jahre, 6 andere zwischen 30 und 35 alt, für mindestens $^{2}/_{5}$ der Frauen war daher die Zeit des Gebärens noch nicht abgeschlossen. Bei einer Frau war das Alter nicht angegeben worden, von den 18 Frauen im Alter von 35 Jahren und mehr hatten 4

---

*) Vergl. „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit". S. 142 ff.

3 Schwangerschaften (davon war eine nie verheiratet), 5 hatten 9 Schwangerschaften, 3 je 10, 3 je 11, 2 je 12 und 1 14 Schwangerschaften. Aus diesen Familien, besitzlos, kulturlos und gesund quillt der große Lebensüberschuß der Nation, sagt mit Recht die Verfasserin. Mag nun auch ein sehr erheblicher Prozentsatz dieser Schwangerschaften Fehlgeburten bringen, mag die Kindersterblichkeit erhebliche Opfer fordern, wie das von der Verfasserin betont wird, von den Geburten der über 35 Jahre alten Frauen leben doch 91 Kinder, d. h. über fünf pro Mutter. Und diese Mütter sind gesund trotz äußerst mangelhafter Schonung vor und nach der Geburt. $^4/_5$ der Frauen erklärten im übrigen, ganz gesund und rüstig zu sein. Eine einzige Frau gab ein Lungenleiden als überwunden an, bei einer siebzigjährigen hat sich ein Emphysem ausgebildet, eine dritte klagt über Blutarmut als Folge einer schweren Niederkunft, eine vierte über Gelbsucht und Magenleiden, eine fünfte ist seit Totgeburt elend, eine sechste, die 14 Geburten überstanden hat, ist verbraucht, bei allen übrigen sind keine oder nur ganz geringfügige Beschwerden vorhanden. Sogar rheumatische Gicht, die Krankheit der Landbevölkerung, ist nur in einem Falle erwähnt. Bei 90 Berliner Näherinnen fand dagegen die Verfasserin genau bei der Hälfte Blutarmut, Nervenschwäche, Rückenschmerzen, Seitenstechen, Ischias und bei einem Sechstel Erkrankung der Atmungsorgane. Wie unendlich günstiger liegen da die ländlichen Verhältnisse und wie außerordentlich könnten sie noch gehoben werden bei etwas mehr Wöchnerinnenpflege und Kenntnis der einfachsten Kinder- und Krankenfürsorge. Nicht ganz so hoch wie bei den proletarischen Klassen der Landbevölkerung dürfte an sich die Geburtenziffer des Bauernstandes sein, aber an großgezogenen Kindern dürfte er der Landarbeiterklasse zum mindesten gleich kommen.

Aber nicht nur die notwendigen Bevölkerungsmassen vermögen diese Schichten zu schaffen, auch die ganze landwirtschaftliche Entwicklung drängt darauf hin, den Kleinbetrieb emporzubringen. Die Zeiten sind vergangen, in denen man der sozialistischen, vom frühen Liberalismus übernommenen Lehre von der Ueberlegenheit des Großbetriebes in der Landwirtschaft noch irgend welche Bedeutung zumaß. Gerade die Arbeiternot in der Landwirtschaft predigt es von Tag zu Tag deutlicher, daß nur dem bäuerlichen Familienbetrieb, der mit den Arbeitskräften der Angehörigen auskommt, die Zukunft

gehört. Schmerzlich klagt selbst im Bauernland Westfalen Dr. Aussel in seiner Arbeit über die landwirtschaftlichen Betriebe im Regierungsbezirk Münster in Heft 123 der Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft über Arbeiter- und Gesindemangel. „Glücklich," so schreibt er, „sind alle diejenigen Landwirte zu preisen, die mit ihrer eigenen Familie die ganze Wirtschaft versorgen können. Wenn Eltern und Kinder sich den ganzen Tag in Liebe und Eintracht ihrer Wirtschaft widmen, dann sieht man jene sauberen und bis ins kleinste geordneten Betriebe, die das Herz eines jeden Besuchers erfreuen und, Gott sei Dank, noch gar nicht so selten sind. Aus den Töchtern solcher Familien werden später tüchtige, fürsorgliche Hausfrauen."

In dem gleichen Bande der Schriften der Landwirtschaftsgesellschaft befindet sich eine zweite Arbeit über die landwirtschaftlichen Verhältnisse einer anderen Gegend unseres Vaterlandes, des Vogelgebirges, die keine Klagen über Arbeiter- und Gesindemangel enthält*). Auch dies ist eine reine Bauerngegend, aber der Unterschied besteht darin, daß hier die eigentlichen Familienbetriebe einen ungleich größeren Prozentsatz der landwirtschaftlichen Fläche einnehmen als in Westfalen. Der Großgrundbesitz (Güter über 100 ha) ist in beiden Gegenden in außerordentlich geringfügigem Maße vorhanden, im Münsterland macht er noch nicht 5 % der landwirtschaftlich benutzten Fläche aus, in Lauterbach nicht ganz 10 %, in Alsfeld über 4, in Schotten noch nicht 4 %.

Erheblich sind dagegen die Unterschiede für die Besitzungen von 20 — 100 ha und 5 — 20 ha. Hier entfallen von der landwirtschaftlich benutzten Fläche auf die Besitzgrößen

	20 — 100 ha	5 — 20 ha
Im Münsterland	44 %	34 %
In Alsfeld	22 %	55 %
„ Schotten	6 %	59 %
„ Lauterbach	14 %	58 %

Mit Recht darf man wohl die Wirtschaften von 5 — 20 ha als die eigentlichen bäuerlichen Familienbetriebe ansprechen und

*) Vergl. Dr. A. Burg: „Beiträge zur Kenntnis des landwirtschaftlichen Betriebes im Vogelsberg, besonders in den oberhessischen Kreisen Schotten, Lauterbach und Alsfeld". Arbeiten der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Heft 123.

ihre überaus starke Verbreitung erklärt das Fehlen der Arbeiternot in Oberhessen im Gegensatz zu Westfalen. Dem größeren Bedarf an Hilfskräften der zahlreichen großbäuerlichen Betriebe in Westfalen steht eben nicht ein genügendes Angebot an überflüssigen Kindern der Mittel- und Kleinbauern gegenüber, die Inhaber der Parzellenbetriebe reichen nicht aus. Dagegen ist in Oberhessen die Zahl der großbäuerlichen Betriebe an sich erheblich geringer und stehen diesen wenigen Betrieben zahlreiche mittel- und kleinbäuerliche gegenüber, die hier und da von ihrer Nachkommenschaft überflüssige Arbeitskräfte entbehren können. Damit soll nicht gesagt werden, daß in Oberhessen überall ein reichliches Angebot von Arbeitskräften vorhanden ist, vielfach ist auch hier das Gegenteil der Fall. Auch die Erfahrungen der Ansiedlungskommission gehen, wie ihre Denkschrift zeigt, durchaus in der gleichen Richtung. Am besten haben sich die bäuerlichen Familienwirtschaften bewährt; wo Großbauern angesetzt worden sind, da sind ebenso wie beim Großgrundbesitz fremde Arbeiter notwendig, notgedrungen sind es zum großen Teil Polen. Die nationale Gefahr liegt vor. Sogar die steuerlichen Verhältnisse waren in den ältesten Ansiedlungen mit Großbauern weniger günstig als in den jüngeren mit vorwiegend mittelbäuerlichem Besitz. Das Ziel ist damit der Agrarpolitik deutlich gewiesen, in der Schaffung zahlreicher mit den Kräften der Familie auskommender Wirtschaften. Jede derartige Kolonisation ist aber nicht nur vom nationalen und sozialen Standpunkt aus zu begrüßen, sondern läßt sich auch wirtschaftlich rechtfertigen. Sie bedeutet einmal eine erhebliche Menschenzunahme für die kolonisierten Gebiete. Walter Asmis*) teilt aus der Kolonisation in Pommern folgende Ziffern mit:

Zahl der Bevölkerung:

	Nessin	Parnow	Döringshagen	Korkenhagen	Mesekenhagen
Zeit der Kolonisation	1878—93	1897	1892—95	1896—97	1898
Bevölkerungszahl vor der Kolonisation ..	182 (1873)	287 (1892)	81 (1892)	117 (1892)	132 (1892)
1900	381	557	97	267	285

Eine derartige Bevölkerungszunahme ist ja auch durchaus erklärlich, da, wo bisher außer der Besitzerfamilie einige Tagelöhner-

*) Walter Asmis: „Umfang und Entwicklung der inneren Kolonisation in Pommern". Dissertation. Greifswald 1903.

familien hausten, sind jetzt zahlreiche bäuerliche Familien ansässig gemacht. Das hat natürlich auch zu einer erheblichen Vermehrung des Viehstandes geführt. A. stellt für Rindvieh sofortiges sprunghaftes Ansteigen der Zahl, dann stetige, recht erhebliche Zunahme fest. Der Schweinebestand hat sich teilweise verzehnfacht, nur das Schaf ist der intensiveren Wirtschaft gewichen, übrigens eine allgemeine Erscheinung für Deutschland. Der Pferdebestand nahm ebenfalls zu, jedoch war wohl die Qualität nicht so gut wie früher.

Gertrud Dyhrenfurth zählte in Schlesien 1897 auf 1 ha

in der Gemeinde	0,96	Großvieh,
im Dominium	0,52	„
in der Gemeinde	4,7	Kleinvieh,
im Dominium	0,56	„

Damit stimmen die Ergebnisse der allgemeinen Viehzählungen durchaus überein*). Auch ist es nicht richtig, daß durch eine starke Vermehrung der Kleinbetriebe die Ernährung der Bevölkerung mit Brotgetreide in Frage gestellt wird. Obwohl dieselbe Fläche eine an sich größere eigene Bevölkerung zunächst mit Getreide zu versorgen hat, bleibt doch infolge der intensiveren Wirtschaft gleicher Ueberschuß übrig, als wenn dieselbe Fläche unter der Kultur des Großbetriebes nur die in ihm tätigen Leute zu ernähren hätte. Wenn heute vielfach der Kleinbetrieb auch im Verhältnis zu seiner Fläche weniger Getreide zu verkaufen scheint, so liegt das darin, daß in den bäuerlichen Wirtschaften ein ungleich größerer Prozentsatz des Brotgetreides an das Vieh verfüttert wird. Dr. Aussel, der für Westfalen im Durchschnitt eine Verfütterung von 30 % der Brotgetreideernte an Vieh annimmt, schätzt dieselbe bei den Kleinbetrieben auf 80 %, bei den Mittelbetrieben auf 30 — 50 %, in den Großbetrieben auf 10 — 20 %. Die langjährigen unzureichenden Brotgetreidepreise bieten hierfür eine genügende Erklärung, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß der Kleinbetrieb seine geringeren Mengen schwieriger los wird und deshalb gegenüber dem größeren Besitzer in den Preisen benachteiligt wird.

Es liegen daher für die Schaffung bäuerlicher Familienbetriebe nicht die geringsten Bedenken vor, vielmehr vereinigen sich Gründe wirtschaftlicher, sozialer und nationaler Natur durchaus in der

*) Vergl. damit ferner die durchaus gleichen Erfahrungen der Ansiedlungskommission.

gleichen Richtung, in dem Wunsche nach erheblicher Ausdehnung einer derartig gearteten Kolonisation.

Wenn aber der Staat ein derartiges Werk unternimmt, wenn die Gesamtheit der Steuerzahler derartige Lasten auf sich nimmt, dann muß das Staatsinteresse auch in der praktischen Durchführung aufs entschiedenste geltend gemacht werden. Es muß verhindert werden, daß die Nachfrage des Staates nach Gütern dahin führt, daß diese nur noch zu Wucherpreisen für den Staat zu haben sind. Es muß verhütet werden, daß Werte, die nur der Staat geschaffen, Privatbesitzern in mühelosem Erwerb in den Schoß fallen. Es muß das Recht der Enteignung, mit dem nationale Kreise die Ansiedlungskommission gegenüber dem Polentum ausgerüstet wünschen, in gewissem Maße für die innere Kolonisation überhaupt Anwendung finden. Das Deutschtum des Ostens wird nicht nur dadurch gestärkt, daß man Bauern und Landarbeiter in Posen und Westpreußen ansetzt, sondern ebenso durch Kolonisation des ganzen Ostens, aller derjenigen Gegenden, die einer gesunden Grundbesitzverteilung entbehren und daher ganz besonders auf slavische Arbeiter angewiesen sind. Würde es möglich sein, mit denselben staatlichen Mitteln zwei deutsche Bauern z. B. in einem rein deutschen Bezirk Pommerns oder Ostpreußens anzusiedeln, wofür in der Provinz Posen nur einer angesiedelt werden kann, so wäre vielleicht ersteres vorzuziehen. Im letzten Grunde stehen ja doch die gesamten Massen deutscher Bevölkerung des Ostens den gesamten Massen der Polen gegenüber und der Sieg ist schließlich bei den stärkeren Bataillonen. Eine staatliche stärkere Kolonisation rein deutscher Gegenden würde übrigens auch die Möglichkeit gewähren, in erheblicherem Maße katholische Bauern anzusiedeln und damit die prinzipiellen Bedenken der politischen Vertretung der deutschen Katholiken gegenüber der Polenpolitik und Kolonisation besiegen. In der Gegenwart versagt sich das Zentrum der Ansiedlungspolitik, weil es als konfessionelle Minoritätspartei jede zahlenmäßige Schwächung seiner Konfession fürchtet. Es ist eine solche Auffassung nicht ganz unbegründet, denn von den bisher angesiedelten Kolonisten entfielen 95,88 % auf Evangelische, 4,12 % auf Katholiken. Andererseits war es für den Staat nicht möglich, anders zu handeln. Die Erfahrungen sprechen dafür, daß eine Polonisierung infolge des gemeinsamen Glaubens bei katholischen Ansiedlern außerordentlich leicht möglich war. In

dieser Richtung übten namentlich auch die Nachwirkungen des Kulturkampfes ihren Einfluß aus. Wird dies doch auch durch einen so genauen Kenner der Ostmarken wie Wegener bestätigt, der auf Seite 23 seiner Schrift darauf hinweist, „daß die deutschen Katholiken in allen Kreisen sich infolge des Kulturkampfes bis vor kurzem mehr zu den Glaubens- als zu den Stammesgenossen hingezogen fühlten". Würde dagegen in anderen rein deutschen Gegenden, wo die Gefahr einer Polonisierung nicht vorliegt, eine starke katholische Kolonisation stattfinden, so dürften die konfessionellen Bedenken des Zentrums erheblich zurücktreten.

Ohne das Recht der Enteignung würde freilich auch in den rein deutschen Gegenden infolge der starken Nachfrage der Ansiedlungsbehörde dieselbe rasende Preissteigerung Platz greifen wie in den bisherigen Ansiedlungsgebieten. Es dürften aber ganz außerordentliche Anstrengungen der Staatsregierung notwendig sein, um dem Gedanken der Enteignung, der schon gegenüber dem Polentum eifrig bekämpft wird, ganz allgemein für den Osten der Monarchie zum Siege zu verhelfen. Eine derartige Gesetzgebung wird von vornherein in Gefahr schweben, als sozialistisches Experiment charakterisiert und in Mißkredit gebracht zu werden. Es ist ja überhaupt stets leichter, mangelnde Gründe durch geeignete Schlagworte zu ersetzen. Dem Schlagwort des sozialistischen Experiments wird aber stets entgegenzuhalten sein, daß nicht derjenige der Verteidiger des Bestehenden ist, der für die Verknöcherung der bestehenden Zustände wirkt, sondern der, der die Auswüchse des Bestehenden beseitigt im Sinne zeitgemäßer Reformen, der das Gute des Bestehenden hinüberrettet in die Zukunft. Es ist doch außerordentlich bemerkenswert, daß in Dänemark nur aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen die konservative Minderheit des Folkething vorschlug, der Staat solle den Grund und Boden zwecks Zerstückelung in Häuslerwirtschaften enteignen können. Wie viel mehr Gründe sprechen in dem auch national bedrohten Preußen dafür*).

Es ist heutzutage ungeheuer populär, auch berechtigt, für die Uebernahme des Bergbaues in die Hand des Staates einzutreten; wirtschaftliche, soziale Gründe sprechen dafür. Liegen die Verhältnisse nicht hier genau so, nein, sogar unendlich viel klarer? Es ist sehr

*) Vergl. Dr. E. Stumpfe: „Die Seßhaftmachung der Landarbeiter". Berlin bei Paul Parey. 1906. S. 78.

zweifelhaft, ob eine Kohlenzeche in der Verwaltung des Staates auf derselben Höhe der Technik stehen würde, wie das im Privatbesitz der Fall ist. Es ist aber unzweifelhaft, daß unter den heutigen Verhältnissen im allgemeinen ein bäuerlicher Besitz viel intensiver bearbeitet wird als es der Fall wäre, wenn dieser Besitz der Teil eines großen Gutes wäre.

Es ist keineswegs sicher, daß der Arbeiter in der staatlichen Kohlenzeche sich unter allen Umständen zufriedener fühlt als in der im Privatbesitz befindlichen Kohlenzeche. Es ist nur notwendig, an die Ergebnisse des Hügerprozesses zu denken. Es ist aber absolut sicher, daß der kleine Bauer eine viel zufriedenere Existenz abgibt als der Gutsarbeiter, der früher dieses Stück Land bearbeitet hätte.

Wenn also für die Verstaatlichung des Bergbaues soviel Stimmung ist, obwohl der wirtschaftliche und soziale Nutzen keineswegs über jeden Zweifel erhaben ist, weshalb schreckt man auf einem Gebiet vor Reformen zurück, wo die Verhältnisse viel klarer liegen, wo außer wirtschaftlichen und sozialen Gründen auch nationale ganz erheblich mitsprechen? So wie sich auf diesem Gebiet die Verhältnisse bisher entwickelt haben, kann es gar nicht weiter gehen. Die Preissteigerung, die sich für die Käufe der Ansiedlungskommission vollzogen hat, die 1886 pro Hektar 568 Mk. und 1906 pro Hektar 1383 Mk. zahlte, entspricht in keiner Weise den landwirtschaftlichen Rentabilitätsverhältnissen. Es sind Wucherpreise, die der Gesamtheit der Steuerzahler abgenommen werden und sie haben deshalb keine innere und sittliche Berechtigung. Es ist in gewissen Grenzen natürlich, daß die Preise für Boden im freien Verkehr höhere sind, als es dem Ertragswerte entsprechen würde, es ist auch natürlich, daß mit fortschreitender Kultur eine fortgesetzte Steigerung der Preise eintritt. Die gewaltige Steigerung, wie wir sie in den letzten zwanzig Jahren in den Ansiedlungsgebieten hatten, ist aber keineswegs natürlich, sondern entspringt in der Hauptsache der staatlichen Nachfrage. Es ist deshalb auch durchaus berechtigt, wenn der Staat unter möglichster Schonung der privaten Besitzverhältnisse Maßregeln trifft, um nicht einer allzu starken Auswucherung zu verfallen. Hat er die Möglichkeit, im Wege des Enteignungsverfahrens stets seinen Bedarf an Land zu decken, so ist es wahrscheinlich, daß diese Tatsache allein genügen wird, um einen erheblichen Preisrückgang der im freihändigen Verkauf an-

gebotenen Güter herbeizuführen. Heutzutage besitzen die Inhaber dieser Güter sozusagen ein Monopol. Obwohl sie häufig finanziell sehr schlecht stehen, schlagen sie sich doch von Jahr zu Jahr durch und warten auf höhere Bodenpreise. Sie rechnen dabei nicht falsch, wie die bisherige Entwicklung zeigte, der Staat mußte ihnen in der Tat kommen. Ist das aber nicht der Fall, verzichtet der Staat bei einer bestimmten Preislage und geht zunächst an die Enteignung der durch Tod erledigten, nicht mit nahen Erben versehenen polnischen Güter, so ist es sehr wahrscheinlich, daß die Besitzer, die gern verkaufen möchten, nunmehr sich sagen, es hat keinen Zweck zu warten und mit einem zulässigen Preisaufschlag ihre Güter auf den Markt bringen. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß in den ersten 10 Jahren das Angebot ein derartig starkes sein dürfte, daß von der, vielen so verhaßten Ausnahmegesetzgebung praktisch nur in ganz geringem Maße Gebrauch gemacht werden würde, wohl nur zu bestimmten Zwecken, Abrundung bisheriger Erwerbungen*).

Würde auf diese Weise erreicht werden, daß der Preis pro Hektar um ein Viertel bis ein Drittel des Wertes von 1906 sinken würde, so stände er immer noch um mehr als 50 % höher als 1886, ein durchaus hinreichender Preis. Die Kommission aber, die im Durchschnitt der letzten 4 Jahre 30 000 ha kaufte, könnte ein erheblich größeres Areal für dasselbe Geld erwerben; bei einer Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf den gesamten Osten unter Verdoppelung ihrer Mittel wären leicht 100 000 ha Gutsland pro Jahr in Bauernland zu verwandeln. Mögen sich alle diejenigen größeren Besitzer, die für die Fortführung unserer schutzzöllnerischen Politik sind, vor Augen halten, daß es von einigem Einflusse auf die Handelspolitik des Jahres 1918 sein dürfte, ob 1 200 000 ha Gutsland bis dahin in bäuerlichen Besitz übergeführt worden sind. Es ist dabei in keiner Weise notwendig, daß mit allzu harter Hand in die bestehenden Besitzverhältnisse eingegriffen wird. Es wäre z. B., wenn man prinzipiell alle Besitzer von über 500 ha Fläche zur Veräußerung der Mehrfläche laut Gesetz zwingen dürfte, daran festzuhalten, daß ihnen außerdem das forstwirtschaftliche Areal verbleibt aus allgemeinen wirtschafts- und nationalpolitischen Gründen, da auf diese

*) Vergl. Dr. Swart im Juliheft der deutschen Monatsschrift. Jahrgang 1907.

Weise nach allen bisherigen Erfahrungen die Erhaltung des Waldes gesicherter und die Forstwirtschaft rentabler sein würde. Immerhin würden doch ansehnliche Flächen durch ein derartiges Gesetz für die Kolonisation frei werden. Betrachten wir lediglich die östlichen Provinzen, Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern, Schlesien und Brandenburg, so finden wir dort 480 landwirtschaftliche Betriebe von über 1000 ha Besitz mit einer Gesamtfläche von 1 008 471 ha, darunter 277 802 ha Forsten. Würden den Besitzern außer den Forsten noch je 500 ha verbleiben, so würden doch 490 669 ha für die Kolonisation frei werden. In denselben Provinzen gibt es 2874 landwirtschaftliche Betriebe von über 500—1000 ha und einer Gesamtfläche von 2 658 284 ha, darunter 584 405 ha Forsten. Würden hiervon ebenfalls den Besitzern außer den Forsten je 500 ha verbleiben, so würden für die Kolonisation doch 636 879 ha frei werden. Aus beiden Besitzkategorien ständen also für die Kolonisation 1 127 548 ha zur Verfügung, bei dem vorher angenommenen Bedarf von 100 000 ha pro Jahr wäre allein hierdurch der Bedarf bis 1918 gedeckt. Indessen ist sehr wahrscheinlich, daß das Enteignungswerk bis zu diesem Zeitraum nur für einen kleinen Teil dieser 1,1 Millionen ha Platz greifen wird, da das Angebot im freien Verkehr und seitens der nicht vererbten polnischen Güter den Bedarf wahrscheinlich decken dürfte. Daß indessen im weiteren Verlauf der Kolonisation auch diese Flächen in Bauerngüter und Tagelöhnerbesitz verwandelt werden, ist durchaus beabsichtigt und im nationalen Interesse erforderlich. Ein großes Volk mit seinem Landhunger, für das die Vermehrung der selbständigen bäuerlichen Existenzen bitter notwendig ist, kann und darf nicht vor gewissen Besitzprivilegien Halt machen. „Denn über dem privatwirtschaftlichen Recht der Eigentümer des deutschen Bodens steht das politische Recht des ganzen deutschen Volkes auf den Heimatboden" sagt mit Recht Schiele in seinen Briefen über Landflucht und Polenfrage. Ein derartiges Vorgehen ist dann natürlich schmerzlich für die derzeitigen Besitzer, aber sie werden ja nicht beraubt, sondern sollen reichlich entschädigt werden und es bleibt ihnen in Verbindung mit den Waldungen ein Besitz, dessen sich wenige Sterbliche auf der Erde zu erfreuen haben. Falsche Sentimentalität ist aber umso weniger am Platz, als die starke Vermehrung des Großgrundbesitzes im Osten ja das Werk der Gesetzgebung war, von falschen Gesichtspunkten ausgehender Agrarrefor-

men. Nun wohl, ist der Staat einmal in Fehler verfallen, weshalb soll derselbe Staat heute nicht in der Lage sein, sie wieder gut zu machen. Auch das Recht des Besitzes ist nur solange ein sittliches Recht, solange nicht das Monopol einiger weniger die sittliche Fortentwicklung des Volksganzen gefährdet. Damit ist noch lange nicht die Konfiskation des ländlichen Eigentums in die Wege geleitet oder auch nur die Beseitigung des Großgrundbesitzes. Mit vollem Recht wies gelegentlich der Tagung des Landesökonomiekollegiums im März 1907 Professor Sering darauf hin, daß der Großgrundbesitz im Osten heute 7 Millionen ha Land besitze, werde 1 Million sparzelliert, so bleiben ihm noch immer so viel, wie er zu Friedrich II. Zeiten besaß. Ein anderes Mitglied, Major Endell-Posen hob hervor, daß Restgüter mit 1500 Morgen sehr wohl noch als Großgrundbesitz gelten könnten, hier aber sollten außer dem Waldbesitz sogar 2000 Morgen übrig bleiben. Ein drittes, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Freiherr v. Wangenheim, führte im Frühjahr 1906 aus: „Wir mögen wollen oder nicht — bei uns im Osten geht die Zerschlagung des Großgrundbesitzes in recht erheblichem Umfange vor sich. Es liegt das nun einmal in unserer ganzen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und ich glaube, daß wir uns damit bescheiden müssen, diese naturgemäße Entwicklung im Interesse der Allgemeinheit zu leiten und zu fördern."

An einer anderen Stelle wies er darauf hin, daß durch die Aufteilung der großen Güter auch die Arbeiterfrage insofern gemildert werde, als zahlreiche Familien, die bisher auf diesen Gütern tätig waren, freigesetzt werden, da die entstehenden Familienwirtschaften der Bauern nur selten fremder Arbeitskraft bedürfen. Auch das Landesökonomiekollegium in seiner Gesamtheit sprach sich dahin aus: „Es ist eine wirtschaftliche, soziale und nationale Notwendigkeit, einen Teil des Großgrundbesitzes in den östlichen Provinzen planmäßig zu besiedeln"*). Gewiß liegt auch bei dieser Reform wie bei allen großen staatlichen Maßregeln die Gefahr vor, daß sie überspannt werden kann, aber ein derartiges Uebermaß wird am besten abgewandt, wenn gerade die Elemente, denen äußerlich scheinbar eine derartige Maßregel am wenigsten lieb sein könnte, mit aller Energie daran mitarbeiten und sie in gesunde Bahnen lenken. Im

---

*) Vergl. die Denkschrift „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit".

anderen Falle werden sie viel eher bei Seite geschoben werden und ein Radikalismus könnte Platz greifen, der durch Ueberspannung der Reform auch im nationalen Sinne nur Schaden stiften dürfte.

Wenn aber somit Land vorhanden ist, woher kommen die Massen zur Besiedlung dieser Gebiete? Auch in dieser Beziehung sind Befürchtungen kaum am Platze. Während der Jahre 1903—6 hat die Zahl der Ansiedlungsgesuche 6474 im Jahresdurchschnitt betragen, ist hiervon auch eine größere Anzahl unbrauchbar, so kann man doch darauf rechnen, daß bei milder Prüfung der größere Teil für die Ansiedlung in Frage kommen würde. Die in den letzten 4 Jahren (1903—6) wirklich angesetzte Zahl betrug im Jahresdurchschnitt 1500, sie läßt sich unschwer vervielfältigen, besonders, wenn man berücksichtigt, wie wenige von den Ansiedlern aus den eigentlichen kleinbäuerlichen Gegenden stammten. So kamen aus Hessen-Nassau mit seinem zahlreichen Bauernstand während der zwanzigjährigen Ansiedlungsperiode im ganzen nur 104 Ansiedler, aus Schleswig-Holstein 33, aus der Rheinprovinz 123. Aus diesen Gegenden wäre es bei geschickter Agitation nicht schwer, eine erheblich größere Zahl zweiter und dritter Bauernsöhne zu beziehen, die sich sonst doch nur der Industrie zuwenden. Es kommt dazu, daß in den letzten Jahren es möglich wurde, eine größere Anzahl deutscher Rückwanderer aus Rußland in den Siedlungsgebieten ansässig zu machen, auch diese Quelle dürfte noch erweiterungsfähig sein. Alles in allem dürfte es nicht schwer sein, namentlich bei geeigneter Propaganda in den deutschen Kleinbauerngebieten, die bisherige durchschnittliche Ansiedlungsziffer erheblich zu vermehren. Gelang es doch auch, die jährliche Durchschnittszahl von etwas über 500 Ansiedlern im Zeitraum 1897—1901 auf nahezu 1500 im Zeitraum 1902—1906 zu steigern. Bei dem vorgeschlagenen Erwerb von jährlich 100 000 ha und einer Durchschnittsgröße der Ansiedlungen von 13,22 ha, wie sie im Jahresdurchschnitt 1901—1906 vorhanden war, dem hinzukommenden Gemeindeland von 4½ ha pro Stelle, würden etwa 5500 bäuerliche Ansindler jährlich notwendig sein.

Diese Ansetzung bäuerlicher Wirte ist ohne Frage Hauptsache, aber im Anschluß an solche Bauerndörfer müßten auch kleinere Stellen für landwirtschaftliche Tagelöhner geschaffen werden

Es wird sich da in der Hauptsache um die noch im Osten befindlichen Arbeiter deutscher Nationalität handeln, denn der west-

liche Landarbeiter geht nur nach dem Osten, um freier Besitzer zu werden. Die Bewohner des übervölkerten Eichsfeldes, die als Arbeiter angesetzt werden sollten, kamen nicht nach dem Osten*). Auch die Ansiedlungskommission berichtet auf Seite 52 ihrer Denkschrift: „Der westliche Arbeiter, der ein paar hundert Mark besitzt, will im Osten nicht wieder Tagelöhner sein.“ Dagegen dürften die aus Rußland zurückkehrenden deutschen Tagelöhner sich, wie die erfolgreichen Versuche der Ansiedlungskommission zeigen, als Material ausgezeichnet eignen. Und gerade bei der Ansiedlung landwirtschaftlicher Arbeiter sollte man, wenn die betreffende Persönlichkeit als tüchtig bekannt ist, zu den äußersten Konzessionen in finanzieller Beziehung bereit sein. In dieser Beziehung kann einmal wirklich mit Recht Dänemark als Muster dienen. Wie es dort gelegentlich der Agrarreform verhindert worden war (der verdienstvollste Staatsmann war ein Vorfahr unseres verewigten Grafen Reventlow), daß ein ländliches Proletariat entstand, so ist es gegenwärtig das Bestreben der Gesetzgebung, den wenigen vorhandenen besitzlosen Landarbeitern zu Eigentum zu verhelfen.

Durch Gesetz vom 24. März 1899 wurde den Landarbeitern der Erwerb von Grundeigentum erleichtert, indem von den Arbeitern nur ein Vermögen von 1/10 des Beleihungswertes des Grundstückes gefordert wird, während der Staat 9/10 des Beleihungswertes hergibt. Der Gemeinderat ist verpflichtet, das gewünschte Grundstück entweder aus privatem oder Gemeindebesitz nachzuweisen. Der Staat kann an Rentendarlehen auf fünf Jahre jährlich 2 Millionen Kronen hergeben, diese Summe wurde durch Gesetz vom 22. April 1904 auf 3 Millionen erhöht. Im Verlauf der fünf Finanzjahre 1900/1 bis 1904/05 sind im ganzen 1859 Stellen geschaffen worden, im Jahresdurchschnitt 372. Würde Preußen entsprechend seine 14 Mal so starken Bevölkerung in ähnlicher Weise grundbesitzende Tagelöhner schaffen, so könnte es jährlich über 5000 landwirtschaftliche Tagelöhner mit Grundbesitz versehen. Da es aber eine verhältnismäßig größere Zahl landwirtschaftliche besitzlose Tagelöhner zählt, so wäre ein erheblich rascheres Tempo angebracht. Stumpfe berechnet die allein für den preußischen Osten entsprechend Dänemark anzuwendende Summe auf 25 Millionen Mark pro Jahr. Aehn-

*) Vergl. Wegener S. 62.

liche Maßregeln wie in Dänemark sind in neuester Zeit von Schweden und Norwegen ergriffen worden. In Deutschland selbst ist umfangreiche Arbeiteransiedlung mit durchaus günstigen Erfahrungen vom mecklenburgischen Domanium getrieben worden. Dasselbe hat im Laufe der letzten 6 Jahrzehnte 10 500 selbständige Arbeiterstellen geschaffen, was 400 000 Stellen in den 6 östlichen preußischen Provinzen entsprechen würde. Von diesen mecklenburgischen Häuslereien blieben zwei Drittel bis drei Viertel in der Hand land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter und zahlreiche Kinder der nichtlandwirtschaftlichen Inhaber waren ebenfalls in landwirtschaftlichen Betrieben tätig. Zahlreiche kleinere Versuche einzelner Besitzer ergeben ebenfalls die Möglichkeit einer derartigen Ansiedlung, die notwendige Voraussetzung ist aber unbedingte Freiheit in der Wahl der Arbeitsstätte für den Arbeitnehmer. Nach diesem Grundsatz hat z. B. der frühere Landwirtschaftsminister v. Podbielski angesiedelt*). Auch die Denkschrift der Ansiedlungskommission faßt ihr Urteil dahin zusammen: „Freilich werden — das ist unbedingt festzuhalten — solche Arbeiteransiedlungen nur da geschaffen werden können, wo die Arbeiter nicht auf eine einzige Arbeitsgelegenheit beschränkt sind, sondern einen reichhaltigen und jeder Zeit offenen Arbeitsmarkt haben.“ In vielen Fällen wird nur die Wiederausstattung bestehender Gemeinden mit Land notwendig sein, um die kleinen Leute infolge wiederum ermöglichter Viehhaltung auf dem Lande zu halten.

Dies in wenigen Worten einige Vorschläge für die innere Kolonisation. Vergessen wir nicht, daß es sich in dieser Frage um die Existenzfrage für unser Volk handelt. Der Kampf gegen das vordringende Slaventum kann nur zum siegreichen Ausgange führen, wenn es gelingt, die Landbevölkerung deutsch zu erhalten, sie zahlenmäßig zu verstärken und sie wirtschaftlich von slavischen Arbeitern unabhängig zu machen. Um zu diesem Ziele zu gelangen, ist es unter den gegenwärtigen Weltmarktverhältnissen notwendig, Schutzzollpolitik mit innerer Kolonisation, d. h. Schaffung von bäuerlichen Familiengütern und Ansiedlung grundbesitzender Tagelöhner zu verbinden. Eines ohne das andere ist unmöglich, weder läßt sich die Zahl der bäuerlichen Wirtschaften vermehren, wenn unter dem

*) Vergl. Stumpfe S. 27.

System des Freihandels für eine neugegründete Stelle zwei alte zusammenstürzen, noch lassen sich die Arbeiter halten, wenn die landwirtschaftliche Produktion nicht soviel abwirft, um ihnen ein genügendes Einkommen zu sichern. Aber andererseits läßt sich auch der Schutzzoll nicht aufrecht erhalten gegenüber demagogischer Agitation, wenn nicht auch die Masse der direkt am Schutzzoll interessierten kleinen Leute wächst. Jeder neugegründete Bauernhof, jeder neue grundbesitzende landwirtschaftliche Arbeiter ist ein Gewicht mehr in die Wagschale zugunsten des Schutzzolls. Ein Land, dessen ländliche Bevölkerung zum weitaus überwiegenden Teile aus selbstwirtschaftenden Bauern und grundbesitzenden Arbeitern besteht, ist an sich ganz anders in der Lage, seinen landwirtschaftlichen Interessen Geltung zu verschaffen als ein Land, in dem ein hoher Prozentsatz der landwirtschaftlichen Fläche in den Händen des Großgrundbesitzes liegt. Es darf nicht übersehen werden, daß bei den vergangenen wirtschaftlichen Kämpfen der Existenzkampf des deutschen Landvolkes auch unterstützt worden ist von zahlreichen Kreisen, denen ein blinder einseitiger Konsumentenstandpunkt näher gelegen hätte. Es sind lediglich die Sympathien für die bäuerliche Bevölkerung und den kleinen Mann auf dem Lande, die für die Stellungnahme dieser Schichten den Ausschlag gaben. Gewiß sind auch die hervorragenden nationalen und wirtschaftlichen Verdienste des Großgrundbesitzes nicht verkannt worden, aber ihn wirtschaftlich zu stützen, entschließen sich unabhängige Schichten schwer, und psychologisch erscheint das auch sehr erklärlich. Mag der Großgrundbesitz auch noch so verschuldet sein, er *erscheint* im Besitz, er *gilt* gesellschaftlich als erster Stand, wer aber mag dem, der im Besitz ist, der das Ansehen hat, helfen wollen? Man muß derartigen Verhältnissen, wie sie nun einmal sind, ins Auge sehen und nicht in starrem Dogmatismus Unmögliches fordern. Nutzen wir daher die Zeit, in der unter einem verbesserten Agrarschutz die Möglichkeit für innere Reformen auf dem Gebiete des Grundbesitzes gegeben ist.

Der Erwerb einer Heimstätte für den Arbeiter, die Hoffnung auf sozialen Aufstieg in den Bauernstand sind die wichtigsten Mittel, die die ländliche Bevölkerung an die heimatliche Scholle fesseln. Gewiß ist es richtig, daß eine Abwanderung der ländlichen Bevölkerung nicht nur in den Gegenden des Großgrundbesitzes, sondern auch in bäuerlichen Gegenden erfolgt ist, daß auch der Bauernstand

erheblich in vielen Gegenden unter dem Arbeitermangel leidet. Aber hervorzuheben ist doch, daß die Abwanderung in bäuerlichen Gegenden niemals den Umfang wie in den Gegenden des Großgrundbesitzes erreicht hat. Handelt es sich doch auch bei der Kolonisation vor allem um die Schaffung von Familienbetrieben, solchen Besitzungen, die im wesentlichen mit den Arbeitskräften einer bäuerlichen Familie bewirtschaftet werden können. Für die Gegenden vorherrschenden Großbauerntums, wie z. B. in einzelnen Marschen, gilt dasselbe wie für die Großgrundbesitzergegenden. Sehr anschaulich schildert Theodor Cramer in seiner Abhandlung über Kleinbesitz und ländliche Arbeiter im Regierungsbezirk Stade, wie in der reichen Marsch eine ungemeine Kluft zwischen den durchschnittlich reichen Bauern und den Arbeitern vorhanden ist. Trotz höchster Geldlöhne herrscht starker Arbeitermangel, während in der ärmeren Geest die geselligen Bande soziale Gegensätze nicht aufkommen lassen, die Bevölkerung an den heimatlichen Boden fesseln, Arbeiter- und Gesindemangel nicht zu spüren ist, wie in letzterer auch die Kinder der bäuerlichen Klassen Dienste in fremden Familien nicht scheuen. Der wesentliche Grund für diesen Unterschied ist immer wieder der gleiche, die Möglichkeit des Aufstiegs in höhere soziale Schichten.

In der Marsch kann der Arbeiter trotz hoher Löhne Land nicht erhalten, da es infolge der Nachfrage der selbständigen Landwirte nur zu unerschwinglichen Kauf- und Pachtpreisen zu haben ist. In der Geest sind die Landpreise niedriger, der Besitzerwerb möglich und damit der Aufstieg in den Kleinbauernstand. Auch nicht die Vergnügungssucht ist es, die in erster Linie den Abzug der Landbevölkerung nach den Städten herbeiführt, für die Marsch stellt Cramer ungezügelte Vergnügungssucht bei Herrschaft wie Gesinde fest, bei der Landbevölkerung der Geest bleibt ein Teil der Mitglieder sogar den Veranstaltungen der Kriegervereine aus Sparsamkeitsrücksichten fern. Für derartige Großbauerngegenden heißt deshalb auch die Parole: Staat, verschaffe den Arbeitern die Möglichkeit des Grunderwerbs. Ebenso wird es notwendig sein, daß der Staat der im Westen bereits erheblich bemerkbaren Aufsaugung kleinerer Stellen durch das industrielle Kapital entgegentritt. Aber freilich wird auf absehbare Zeit die Arbeit des Staates ihre Hauptkraft dort einsetzen müssen, wo zu der sozialen Gefahr auch die nationale kommt im deutschen Osten. Indessen würde auch eine erhebliche Be-

schleunigung der Bauern- und Arbeiterkolonisation natürlich nicht sofort den bisherigen Arbeitermangel ausgleichen. Die im nationalen Interesse notwendige Fernhaltung ausländischer Arbeiter wird daher nur vorsichtig und allmählich nach Gegenden durchzuführen sein. Zunächst wäre ein Verbot der Verwendung für die Industrie am Platze, dann für den äußersten Westen, langsam fortschreitend bis zur russischen Grenze. Bei der Anwerbung ausländischer Arbeiter werden solche Elemente zu berücksichtigen sein, die im Polentum der östlichen Provinzen keinen Rückhalt haben, am besten solche deutscher Nationalität, dann solche, die, wie die Ruthenen, dem Polentum feindlich gegenüberstehen. Dadurch wird die Gefahr für die deutschen inneren Verhältnisse verringert. Es wird auch zugleich das Ruthenentum in Galizien und Rußland durch die Ersparnisse seiner Auswanderer gestärkt und dem ausländischen Polentum ein leistungsfähiger Gegner großgezogen. Vor allem aber gilt es, den deutschen Landarbeiter möglichst an der Scholle festzuhalten, nicht etwa durch Beschränkung der Freizügigkeit, vielmehr durch Erweiterung seiner Rechte. Es gilt vor allem, jene alte, unzeitgemäße Bestimmung der Gesindeordnung zu beseitigen, die für die alten preußischen Provinzen der Herrschaft das Recht der Züchtigung des Gesindes gibt, eine Bestimmung, die nicht den mindesten praktischen Wert hat, wohl aber einer skrupellosen Agitation als willkommener Hetzstoff dient. Dagegen dürfte die Freiheit der Koalition den Landarbeiter nicht glücklich machen. Das sehen sogar liberale Doktrinäre wie Naumann ein. Der ländliche Arbeiter lebt viel zu sehr isoliert, als daß Organisationen für ihn von irgend einem praktischen Wert sein könnten. Organisationen ohne regelmäßige Zusammenkünfte sind undenkbar und solche werden durch die weiten Entfernungen und die ganzen Verhältnisse des flachen Landes unmöglich gemacht. Wie kläglich sind doch die Gewerkvereine landwirtschaftlicher Arbeiter in Großbritannien zusammengebrochen. Aus diesen Umständen ergibt es sich aber auch andererseits, daß die Befürchtungen ländlicher Arbeitgeber, betreffend die durch ländliche Arbeitervereine anzuzettelnden Erntestreiks grundlos sind. Wir finden Erntestreiks nicht dort, wo die Landarbeiterschaft weitgehende Rechte besitzt und auf einer hohen sozialen Stufe steht, wie in Dänemark, Frankreich usw., sondern vielmehr dort, wo gesetzliche Entrechtung und sozialer Tiefstand Hand

in Hand gehen, wie in Ungarn und Italien. Das ist für jeden Kenner landwirtschaftlicher Verhältnisse auch durchaus begreiflich, denn das Interesse des Landarbeiters gravitiert eben nicht wie beim Industriearbeiter in gewerkschaftlichem Zusammenschluß, sondern in der Möglichkeit des Aufstiegs in eine sozial höhere und möglichst selbständige Existenz. Die Frage des Koalitionsrechts der ländlichen Arbeiter ist daher weder für Arbeitgeber noch für Arbeiter von praktischer Bedeutung, sondern lediglich eine Doktorfrage. An dieser Frage hat der Arbeiter allenfalls insofern ein Interesse, als er auch formell gesetzlich nicht schlechter behandelt sein will als der Industriearbeiter und es ihm unangenehm ist, wenn durch irgend welche Agitatoren seine gesetzliche Sonderstellung nachgewiesen wird. Für die praktische Politik dürfte diese Frage kaum in absehbarer Zeit brennend werden, da in den beteiligten Kreisen, sowohl bei ländlichen Arbeitern wie bei Arbeitgebern, der Frage geringes Interesse entgegengebracht wird.

Neben der Beseitigung veralteter Gesindeordnungsbestimmungen wird daher der Erwerb von Grundbesitz für den Arbeiter in erster Linie anzustreben sein. Geschieht dies, hört seine Isolierung durch die Schaffung einer zahlreichen Schicht kleinerer und mittlerer Bauern auf, in denen er sein soziales Ideal erblickt, dann hört auch die Flucht des Arbeiters vom Lande auf. Der heutige Arbeiter ist heimatlos, überwirft er sich mit seinem Gutsherrn, dann muß er nicht nur den Wohnort wechseln, er muß sofort die Wohnung verlassen. Derartige Zustände werden immer unhaltbarer, deshalb darf der Arbeiter nicht auf privatem Grund und Boden hausen, er muß Herr in seinem Heim und Hause sein. Andererseits kann man nicht vom Gutsherrn verlangen, daß auf seinem Grund und Boden, in seinen Wohnungen Leute wohnen, denen er diese Wohnungen einräumte unter der Voraussetzung, daß sie in seinem Dienste tätig sein würden und nunmehr die Arbeit weigern. Deshalb ist das ganze bisherige Verhältnis ungesund, hat sich überlebt, entspricht nicht mehr der Psychologie des heutigen Arbeiters und treibt ihn in die Fremde, macht ihn auch in der Heimat heimatlos.

„Wie sehr ist das Heimatgefühl geschwunden," schreibt ein Landpastor*), „wir sehen es in unserem Osten, wenn wir nach alten



*) E. Sydow: „Der Arbeitermangel auf dem Lande". Berlin 1907 bei J. Horrwitz Nachfl. S. 14.

Sitten und Sagen fragen. Bei den Bauern finden wir noch alte Tracht, alte Sitten, alte Lieder. Bei dem Arbeiter ist alles geschwunden in dem Umherziehen von einem Ort zum andern: heimatberechtigt, aber heimatlos. Da liegt der tiefste Grund des Abwanderns unseres Arbeiters."

„Die Arbeiter wollen Herren haben, die nur für ein paar Arbeitsstunden ihre Herren sind," schreibt ein Landarzt, und an einer anderen Stelle sagt er über das Wesen der inneren Kolonisation: „Darauf allein läuft das innere Kolonisieren hinaus, daß der Arbeiter auf dem Lande eine Wohnung finde, worin er, solange er seine Miete zahlt, ungestört ist und auf Arbeit gehen kann, wohin er will."

In diesen Aeußerungen liegt der Kern der Landarbeiterfrage und nur der arbeitet an ihrer Lösung, der die Vorbedingungen dafür zu schaffen sucht, daß diesem Freiheit- und Heimatsdrang der Arbeiterschaft genüge geschieht. Es ist erfreulich, wie auch in den Kreisen der ländlichen Arbeitgeber von Jahr zu Jahr die Erkenntnis der Notwendigkeit einer freiheitlichen Regelung der Arbeiterfrage wächst. Die Ueberzeugung z. B. von der Unhaltbarkeit des Instenverhältnisses ist heute bereits durchaus herrschend, man verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß man Arbeiter nur unter freieren Bedingungen oder überhaupt nicht haben wird. Mit großer Entschiedenheit stellen aber auch andererseits die ländlichen Arbeitgeber ihre Forderungen der Beseitigung der bisherigen Mißstände, der Aenderung des Unterstützungswohngesetzes usw. Jeder billig Denkende wird sich diesem Wunsche anschließen müssen, der im wesentlichen verlangt, daß den armen ländlichen Gemeinden nicht die Sorge für solche arbeitsunfähigen Personen verbleibt, die ihre Arbeitskraft im Dienste reicher städtischer Gemeinden verbrauchten. Ebenso wird eine Ausdehnung des preußischen Gesetzes, wonach die Arbeitsgemeinde für die Wohngemeinde einzutreten hat, auf das Reich dringend notwendig. Nur unter solchen Voraussetzungen ist die Frage der Arbeiteransiedlung für den Arbeitgeber überhaupt diskutierbar. Möge der Staat rasch arbeiten, damit diese Härten beseitigt werden, möge er vor allem mit ungleich größeren Mitteln, ausgerüstet mit größeren Rechten, an das Werk der inneren Kolonisation gehen. Das liegt nicht nur in seinem eigenen nationalen Interesse, nicht nur im Interesse der Schichten, die da hungern nach

Land und eigener Scholle, sondern auch im wohlverstandenen Interesse des Großgrundbesitzes. „Was von dem Großgrundbesitz übrig bleibt," hob Professor Sering auf der Tagung des Landesökonomiekollegiums mit vollem Recht hervor, „wird ganz anders als jetzt dastehen, wenn überall zwischen den Gütern volksreiche Ortschaften mit zahlreichen mittleren und kleineren Betrieben entstanden sind."

Mögen für eine solche Tätigkeit des Staates alle diejenigen werben, die nicht wollen, daß das Erbe der Deutschherren und des Hohenzollernhauses verloren gehe an eine Nation, die an staatlichen und kulturellen Großtaten niemals in einem Atem genannt werden kann mit unserem eigenen deutschen Volke. Schaffen wir neue Menschenmassen auf dem Lande, unabhängig und auf eigener Scholle, dann wird sich auch als wahr erweisen das schöne Wort des großen französischen Agrarpolitikers Méline: „Der Mensch im Besitze eines Grundstückes, das ihm wirklich ganz gehört, erwacht zu neuen Gefühlen und zu einer außerordentlichen Leistungsfähigkeit, die der Liebe des Vaters zum Kinde gleicht und denjenigen, der sie einmal empfunden, im Innersten packt. Das Land, das er gepflügt und mit seinem Schweiße gedüngt, erscheint ihm wie eine sich täglich neu vollziehende Schöpfung und seine Ernten wie sich immerwährend wiederholende Geburten. Hat er die alma mater einmal umfangen, will er sie nicht wieder verlassen."





Hanseatische Druck- und Verlags-Anstalt,
e. G. m. b. H., Hamburg 36.